

ANTIZIGANISMUS IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

DOKUMENTATION DES FACHGESPRÄCHS
VOM 4. SEPTEMBER 2018 IN BERLIN

UNS GEHT'S UMS GANZE



www.gruene-bundestag.de

IMPRESSUM

| | |
|-------------------|--|
| Herausgeberin | Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin www.gruene-bundestag.de |
| Verantwortlich | Filiz Polat MdB Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: filiz.polat@bundestag.de |
| Redaktion | Hannah Ferlemann und Jerzy Szczesny |
| Bezug | Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: versand@gruene-bundestag.de |
| Redaktionsschluss | Februar 2019 |

INHALT |

| | |
|--|----------|
| Vorwort | 3 |
| Antiziganismus in Deutschland und Europa | 4 |
| Dokumentation des Fachgesprächs vom 4. September in Berlin | 4 |

VORWORT

Die vorliegende Broschüre fasst die Ergebnisse des ersten Fachgesprächs im Deutschen Bundestag zum Thema Antiziganismus zusammen, das am 04. September 2018 stattgefunden hat. Ich freue mich, dass wir Ihnen im Anschluss an das Fachgespräch diese Publikation vorlegen können. Mein Dank gilt allen Beteiligten, die die Veranstaltung durch die Diskussionsbeiträge mit Leben gefüllt haben.

Antiziganismus ist in unseren Gesellschaften und Institutionen nach wie vor tief verankert. Menschen mit Romno-Hintergrund gehören zu einer Minderheit, die wie keine andere in Europa von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen ist. Antiziganismus bezeichnet eine spezielle Form eines historisch gewachsenen, strukturellen Rassismus, der sich in vielfältigen Erscheinungsformen gegenüber Angehörigen der Roma und Sinti richtet. Im öffentlichen Diskurs ist Antiziganismus eher die Regel als die Ausnahme. Menschen mit Romno-Hintergrund werden oft als homogene Gruppe wahrgenommen und mit stereotypen, stigmatisierenden Eigenschaften beschrieben. Vor diesem Hintergrund entfalten und reproduzieren sich diskriminierende soziale und gesellschaftliche Strukturen und Praxen sowie soziale Ungleichheit.

Dieses Fachgespräch widmete sich den unterschiedlichen Erscheinungsformen und der Bekämpfung des Antiziganismus. Nur wenn wir Antiziganismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen verstehen und erkennen, können wir erfolgreiche Strategien zur Bekämpfung entwickeln. Dabei geht es sowohl um Bekämpfung der Auswirkungen von Antiziganismus – wie u.a. Diskriminierungen, Armut, schlechte Wohnverhältnisse oder unzureichende Bildungsteilhabe – als auch um die Bekämpfung rassistischer Stereotype und Praktiken, die nicht verschleiert, sondern in all diesen Feldern explizit adressiert werden müssen.

Antiziganismus ist ein breites gesellschaftliches Problem. Umso wichtiger ist es, auf die Stimmen jener zu hören und Erfahrungen jener anzuerkennen, die von antiziganistischen Diskriminierungen und systematischen Ausgrenzungen betroffen sind. Dafür tragen wir in der Bundesrepublik Deutschland auch durch die nationalsozialistische Verfolgung von Angehörigen der Sinti und Roma und deren weitreichenden und weiterhin anhaltenden Folgen eine besondere Verantwortung.

Der Umgang mit Angehörigen der Roma und Sinti ist ein Seismograf für die Freiheit und Menschenwürde in unserer Gesellschaft. Demokratie, Freiheit und Menschenwürde sind auch im 21. Jahrhundert keinesfalls Selbstverständlichkeiten, sondern müssen täglich erkämpft werden. Die Aufklärung über und die Bekämpfung des Antiziganismus sind zentrale Aufgaben, um die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen mit Romno-Hintergrund in Deutschland und Europa zu fördern und zu sichern. Dieses Fachgespräch im Deutschen Bundestag soll einen Beitrag dafür leisten.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Filiz Polat

Bundestagsabgeordnete und Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Migration und Integration

Obfrau im Innenausschuss

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitglied im Beratenden Ausschuss für Fragen der Sinti und Roma, im Beratenden

Ausschuss für die Fragen der niederdeutschen Sprachgruppe und im Beratenden

Ausschuss für die Fragen der friesischen Volksgruppe

ANTIZIGANISMUS IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

FACHGESPRÄCH VOM 4. SEPTEMBER IN BERLIN

Claudia Roth:

Sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Damen und Herren, werte Freundinnen und Freunde, ich freue mich, Sie heute begrüßen zu dürfen zu unserem Fachgespräch „Antiziganismus in Deutschland und Europa“ – bei aller Ernsthaftigkeit, die unser heutiges Thema mit sich bringt. Wir treffen uns heute in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages, ein Parlament, das zwar immer wieder über Sinti und Roma debattiert, im Gegensatz zum europäischen Parlament jedoch keinen Vertreter oder keine Vertreterin der Sinti oder Roma in seinen Reihen weiß, zumindest von denen ich oder wir wüssten. Dass wir davon nicht wissen und es womöglich doch jemanden gibt, ist auch schon Teil des Problems und der Angst, die eigene Identität preiszugeben.

Ohnehin scheint die Mehrheit in diesem Haus der Meinung zu sein, Antiziganismus sei keine zentrale Herausforderung in diesem Land und die Umsetzung der EU-Roma-Strategie sei vielleicht etwas für andere Länder, nicht aber für Deutschland. Wir laden heute zu diesem Fachgespräch ein, weil wir dezidiert anderer Meinung sind. Vorurteile gegen Sinti und Roma nämlich, ihre Diskriminierung in Schulen, in Behörden, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, in den Medien, das ist immer noch Alltag in unserem Land, in Europa sowieso. Wie wir bei einem Empfang im Bayerischen Landtag von Vertretern der Sinti und Roma gehört haben, wird die Situation sogar schlimmer, statt sich zu verbessern. Noch immer trauen sich viele Menschen hier in Deutschland nicht zu sagen, dass sie Sinti oder Roma sind. Es ist für mich sehr bedrückend, dass Menschen nicht zu ihrer Identität stehen können, weil sie berechtigte Sorgen haben vor den Konsequenzen, die das bedeuten würde. Sie sprechen Romanes nur im Verborgenen, sie bringen ihren Kindern bei, lieber gar nicht erst zu erwähnen, dass sie der größten Minderheit Europas angehören, dass auch sie zu den Sinti in Deutschland oder zu den rund 12 Millionen Roma in der Europäischen Union gehören.

Derweil hat erst kürzlich in Italien, immerhin Gründerstaat der Europäischen Union, eine so genannte Roma-Zählung begonnen. Mitten in Europa werden wieder Menschen entlang ihrer ethnischen Herkunft „katalogisiert“. Wenn uns der bisherige Antiziganismus im Alltag kein Grund zur Sorge war, sollten wir spätestens durch die jüngsten Vorkommnisse in Italien aufgeweckt und wachsam sein.

Der Blick in den Süden unseres Kontinents darf allerdings nicht davon ablenken, was vor unserer eigenen Haustür, was auch in diesem hohen Hause tagtäglich geschieht. In meiner Heimat gab es vor Jahren eine Kampagne der CSU unter der Überschrift: „Wer betrügt, der fliegt“. Das war bedauerlicherweise gar kein Zufall, sondern ganz offensichtlich der Versuch, Vorurteile und Erzählungen in der deutschen Gesellschaft aktiv zu bespielen und hat – und das ist nachgewiesen worden – zu einem sprunghaften Anstieg von Antiziganismus geführt.

Jüngst ließ sich der Oberbürgermeister von Duisburg – wohlgermerkt ein SPD-Mitglied – zu der Aussage hinreißen, „Er müsse sich bedauerlicherweise mit Menschen beschäftigen, die ganze Straßenzüge vermüllen und das Rattenproblem verschärfen.“ Hier waren Sinti und Roma gemeint. Nicht etwa in ihrer spezifischen Situation, in den Wohnvierteln von Duisburg, sondern pauschal, stereotyp, und zwar wissentlich.

Auch für die völkische Bewegung in Deutschland ist offener, unverhohlener Antiziganismus eines von vielen Mitteln, um Menschen zu verachten. Es ist ein gezielter Angriff auf die Grundlagen unserer Demokratie, ein gezielter Angriff auf Moral und Ethik und auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Auf diesem Wege wird auch die Entgrenzung von Sprache vorangetrieben, zusammen mit dem Versuch, Geschichte umzudeuten und zu verharmlosen. Eine Geschichte – unserer Geschichte – die auch den Porajmos, also die Ermordung von

bis zu fünfhunderttausend Sinti und Roma durch die NS-Diktatur bedeutet.

Wort für Wort, Satz für Satz versuchen die Hetzer in diesem Land erneut die Grenze des Sagbaren zu verschieben. Nach dem Sagbaren aber kommt das Machbare, dem Angriff auf die Menschlichkeit folgt der Angriff auf den Menschen.

Dem wollen wir etwas entgegen setzen, auch in Form dieses Fachgesprächs, sachlich ohne billigen Populismus, dafür mit sehr vielen klugen Köpfen und großen Herzen. Es braucht mehr Kopf und mehr Herz, wenn rund die Hälfte der Befragten der Aussage zustimmte, Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden. Es braucht sie umso mehr, wenn 58,5 Prozent glauben, Sinti und Roma neigten eher zu Kriminalität als Nicht-Sinti und Nicht-Roma.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, nie wieder. Diese neunbuchstabile Staatsräson findet ihren Ursprung auch in unserem kollektiven Versprechen, dass die Verfolgung und Diskriminierung von Sinti und Roma ein Ende haben muss. In Zeiten aber, da „Zigeuner“ wieder Schimpfwort auf den Schulhöfen ist, braucht es Tage wie diesen umso mehr. Wir Demokratinnen und Demokraten müssen Gesicht zeigen, wir müssen laut widersprechen, Verantwortung einfordern und Verantwortung übernehmen. Wir dürfen nicht zögern im Einsatz gegen Menschenfeindlichkeit, gegen Antisemitismus, gegen Antiziganismus in unserer Gesellschaft, nicht in Chemnitz, nicht anderswo in unserer Republik, nicht im Bundestag.

Vor allem aber müssen wir einstehen für ein modernes, ein weltoffenes, ein buntes Deutschland, ein Deutschland, das deshalb nach vorn blicken kann, weil es nicht vergisst, sondern erinnert. Die Geschichte hat gezeigt, Menschenfeindlichkeit beginnt oft bei einer Gruppe, am Ende aber richtet sie sich gegen alles, was vermeintlich anders ist. Es ist Aufgabe der gesamten Bevölkerung, dagegen anzugehen. Es ist auch besondere Anforderung an die Politik. Mit diesem Fachgespräch setzen wir ein Zeichen und signalisieren: Wir nehmen den Antiziganismus in Deutschland und Europa ernst. Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen und sind

bereit zu den überfälligen Veränderungen im Gesetz und Gesellschaft beizutragen.

Entsprechend wünsche ich Ihnen und uns bedachte und mutige Gespräche, offene Gespräche, ein Erinnern in Gegenwart und Zukunft, vor allem aber Kraft und Mut für den Einsatz gegen Antiziganismus, gegen die Menschenfeindlichkeit, gegen Diskriminierung, Ausgrenzung, Hass, Androhung von Gewalt, weit über diesen Tag hinaus. Wir sind mehr. Vielleicht aber müssen wir noch mehr werden und auch noch lauter. Die Kraft dazu lauter zu werden, gibt mir immer wieder Musik, zumal wenn sie von großartigen Musikern kommt. Im Anschluss an das Fachgespräch werden wir großartige Musik von Sandro Roy hören. Herzlichen Dank, dass Sie alle gekommen sind. Ich freue mich sehr, dass Sie da sind und ich wünsche uns und Ihnen eine sehr spannende und gute Veranstaltung.

Filiz Polat:

Von meiner Seite auch ein herzliches Willkommen zu unserem Fachgespräch. Für unsere Fraktion bin ich zuständig für die nationalen Minderheiten, insbesondere für alle Fragen, die Sinti*ze und Rom*nja betreffen. Zwei Menschen haben sich in ihrer Tätigkeit im Deutschen Bundestag diesem Thema in der Vergangenheit ganz besonders gewidmet: Unsere Vizepräsidentin Claudia Roth von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und unsere Vizepräsidentin Petra Pau von der Fraktion Die LINKE. Es war für uns deshalb selbstverständlich beide einzuladen und um ein Grußwort zu bitten. Ich freue mich sehr, Petra, dass Du gekommen bist und übergebe Dir gern das Wort.

Petra Pau:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, meinen kurzen Beitrag möchte ich mit einem Auszug aus meinem Buch „Gottlose Type – meine unfrisierten Erinnerungen“ beginnen. Es enthält 53 Episoden aus 25 Jahren, heiter, überraschend, aber auch ernst. Diese Episode aus dem Jahr 2010 ist bitterernst und überschrieben mit „Fußball für Roma“: „Die Meldung ging international durch die Medien. Nazis haben in einem ungarischen Dorf das Haus einer Roma-Familie angezündet. Als der

Vater mit seinem dreijährigen Sohn dem Inferno entkommen wollte, wurden beide erschossen. Ich wollte schon länger nach Ungarn reisen, zumal damals gerade eine neue linke Bürgerrechtspartei gegründet wurde. Aber nun führen wir gemeinsam in das Dorf, um uns mit den Hinterbliebenen, ja überhaupt mit Sinti und Roma zu solidarisieren: Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland, Theo Zwanziger, damals Chef des Deutschen Fußballbundes, und ich. Abends waren wir im Nep-Stadion beim Fußball-Länderspiel Ungarn gegen Deutschland. Vor dem Anpfiff warb eine antirassistische Initiative für Demokratie und Toleranz. Deutschland gewann das Match vor 8.000 Zuschauern. Das waren sehr wenige im eigentlich fußballverrückten Budapest. Nahezu zur selben Zeit wurde die neue Regierung vereidigt, unter freiem Himmel, bejubelt von 80.000 Ungarn. Sie gilt als rechtskonservativ-rechtspopulistisch und wird durch militante, neofaschistische Organisationen gestützt. Auf ihr Konto gingen regelrechte Feldzüge gegen Sinti und Roma.“

Die Geschichte geht noch weiter, im Holocaustmuseum in Budapest und in die Geschichte des Horthy-Faschismus. Aber das spare ich jetzt mal aus. Wesentlicher ist, 1) Antiziganismus ist Jahrhunderte alt, 2) erscheint unausrottbar und 3) ist in Europa weit verbreitet. Das entschuldigt nichts und das relativiert nichts. Angriffe gegen Sinti und Roma sind nirgendwo hinnehmbar. In Deutschland sind sie angesichts der Nazigeschichte schon vom Ansatz her schlicht inakzeptabel. Wir wissen, wo das endet.

Und so danke ich Bündnis 90/Die Grünen für dieses Fachgespräch und für die Einladung dazu. In meinem Wahlkreis gibt es übrigens eine Gedenkstätte. Sie erinnert am authentischen Ort daran, dass Berlin zu den Olympischen Spielen 1936 frei von „Zigeunern“ sein sollte, wie diese im Marzahner Lager interniert, später in KZs deportiert und dort vernichtet wurden.

Deshalb zum Schluss noch drei Anmerkungen: Erstens, kein Angriff gegen Sinti und Roma darf unter den Tisch fallen. Zumal es immer auch Angriffe auf unsere Demokratie und Artikel 1 des Grundgesetz-

zes sind: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, aller Menschen. Zweitens, wer Sinti und Roma herabsetzt, weil sie Sinti und Roma sind, muss geächtet werden. Das beginnt bei der Diffamierung als „Zigeuner“, bis hin zur aktuellen AfD-Forderung, Sinti und Roma zu registrieren. Und drittens, das Gros der Allgemeinheit weiß zu wenig über Sinti und Roma, über ihre Geschichte, über ihre Kultur, über ihr Selbstverständnis. Das macht anfällig für Vorurteile und Antiziganismus.

Wenn Ihnen diese drei Punkte so oder so ähnlich aus dem Bericht der unabhängigen Expertenkommission zum Antisemitismus bekannt vorkommen, dann ist das richtig und kein Zufall. Überall dort wo im Alltag Diskriminierung, Ausgrenzung beginnt müssen wir ein Stoppschild aufstellen. Es wird allerhöchste Zeit für eine entsprechende Berichterstattung zu den tatsächlichen Zuständen in unserer Gesellschaft und eine gemeinsame Beratung, was dagegen zu tun ist, bevor es zu spät ist, bevor es zum Angriff kommt. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Einladung und für die guten Gespräche, die wir sicherlich heute hier gemeinsam führen werden.

Filiz Polat:

Vielen Dank, liebe Petra Pau. Nun freue ich mich, Romeo Franz um ein Grußwort zu bitten. Romeo Franz ist Mitglied des Europäischen Parlamentes und damit erster Sinto, der in dieser Legislaturperiode und hoffentlich auch darüber hinaus unter anderem die Interessen der Sinti*ze und Rom*nja vertreten wird. Lieber Romeo, ich freue mich, dass wir zukünftig dieses Thema nicht nur von Berlin aus, sondern gemeinsam mit Dir auch in Brüssel und Straßburg bearbeiten können.

Romeo Franz:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, ich freue mich heute sehr, hier zu sein, um mit Ihnen und mit Euch gemeinsam über dieses dringliche Thema Antiziganismus zu reden. Dass dieses Fachgespräch heute stattfindet, haben wir Filiz Polat, Abgeordnete im Bundestag für Bündnis 90/Die Grünen, Obfrau im Innenausschuss, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik sowie Mitglied

im Beratenden Ausschuss für Fragen der Sinti und Roma, zu verdanken.

Filiz Polat ist seit Jahren für Menschen mit Romno-Hintergrund aktiv. Wir haben uns kennen und schätzen gelernt als Filiz noch Landtagsabgeordnete in Niedersachsen war und wir über die Möglichkeiten der Einbeziehung der Menschen mit Romno-Hintergrund in Niedersachsen diskutiert haben. Ich bin überzeugt, dass die Thematik bei ihr in den richtigen Händen liegt. Dafür möchte ich Dir danken, liebe Filiz.

Antiziganismus ist wohl die markanteste Facette des Rassismus in Europa. Seit Jahrhunderten ist diese Art der Diskriminierung Realität. Sie führt nicht nur zu Ausgrenzung und veränderter Teilhabe, sondern auch zu einer Entmenschlichung, auch zum Tode. Selbst heute werden Menschen auf Grund ihrer Herkunft ausgegrenzt, für wertlos erklärt und behandelt oder, wie es vor einigen Wochen in der Ukraine geschehen ist, von Rassisten ermordet.

Als ich am 3. Juli 2018 mein Mandat als Europaabgeordneter annahm, entschied ich mich auf Grund der rassistischen Forderung des italienischen Innenministers Matteo Salvini, in Italien lebende Roma und Sinti zu erfassen, nach Mailand zu fahren, um Menschen mit Romno-Hintergrund, Zuzuwanderter, illegale und alteingesessene Roma und Sinti zu besuchen. Diese Menschen erleben eine systematische Integrationsverweigerung und Ausgrenzung durch staatliche Behörden. Menschenrechte und die Kinderrechtskonvention werden für Angehörige der Roma systematisch verletzt.

Danach besuchte ich Tinka, eine kleine Gemeinde im Westen von Rumänien, direkt an der ungarischen Grenze, in der ca. 1000 bis 1500 Roma leben. 150 Kinder, Frauen und Männer, davon ein Teil schwerstbehindert, leben in einer Situation, die nicht mehr menschlich zu nennen ist. Ich sah kleine Menschen mit schweren Behinderungen in ihren eigenen Exkrementen liegen, von Flöhen und Wanzen zerbissen, zum Teil nackt oder mit Lumpen bedeckt. Mehrere Kinder haben Hepatitis. Es gibt kaum ärztliche Versorgung für diese Bürger. Ein Waschhaus, etwa fünfzig Meter entfernt, von

einer französischen Stiftung gebaut, mit Waschmaschinen, Duschen, Toiletten und Aufenthaltsraum machte einen unbenutzten, fast neuwertigen Eindruck. Auf meine Frage hin antworteten mir die Roma, dass ihnen der Zutritt und die Benutzung nicht gestattet seien. Der Bürgermeister dieser kleinen Stadt, der seit zehn Jahren dieses Amt innehat, war mit mir das erste Mal in dieser Straße und bei diesen Menschen. Er war der Meinung, dass die Mentalität der Roma Grund für dieses Elend sei. Sie seien selbst schuld an ihrer verheerenden Lebenssituation, denn würden sie als Tagelöhner für 1,20 Euro die Stunde arbeiten, hätten sie doch Geld zum Leben.

Diese Formen der Ausbeutung, Ausgrenzung, Ignoranz und Verachtung sind Beispiele dafür, wie tief Antiziganismus in der europäischen Gesellschaft verwurzelt ist. Dieses Elend, das ich dort sehen musste, ist eigentlich unvorstellbar. Ich schäme mich als Politiker, Europäer und als Mensch. Die Tabuisierung des Antiziganismus führt maßgeblich zu diesen entmenschlichten Lebenssituationen. Auch in unserem Land, in Deutschland, streichen politische Verantwortliche den Begriff des Antiziganismus aus wichtigen Vorgaben und auch Gesetzen – oft mit der Begründung, dass das Wort Rassismus völlig ausreichen würde.

Mittlerweile hat sich die Nichtbenennung des jahrhundertealten und in der Dominanzgesellschaft tradierten Antiziganismus aus dem rechten Spektrum in die Mitte der Politik verbreitet. Rassistische Bemerkungen werden immer mehr zum Mainstream. Diejenigen, die diese Entwicklungen verurteilen und davor warnen, werden belächelt – oder beschimpft und beleidigt. Wir müssen uns nur Kommentare auf Facebook durchlesen, um zu erkennen, wie wichtig der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung ist.

Die Tabuisierung des Antiziganismus hat dazu geführt, dass dieser auch nicht als Fluchtgrund anerkannt ist und Länder, in denen eine massive Diskriminierung gegenüber Roma stattfindet, als sicher eingestuft werden. Obwohl ein großer Teil der Menschen, die der Ethnie der Roma angehören, kaum Chancen auf ein menschenwürdiges Leben oder auf eine gleichberechtigte Teilhabe haben.

Den Kampf gegen Rassismus will ich mit Euch gemeinsam an unterschiedlichen Fronten führen. Dazu müssen auch endlich Strukturen gefördert werden, unter Einbeziehung der Betroffenen von Antiziganismus, gleichberechtigt auf jeder Ebene. Lasst uns gemeinsam einstehen für eine solidarische Gemeinschaft über ethnische Grenzen hinweg. Damit uns das gelingt, brauchen wir Diplomatie, eine mutige Politik und Menschen, die den Zugang zu den Betroffenen haben. Wir brauchen eine Regierung, die sich endlich zu ihrer Minderheit, den Menschen mit Romno-Hintergrund, bekennt, sie respektiert und auf Augenhöhe in Lösungskonzeptionen miteinbezieht. Wir wollen keine Lippenbekenntnisse und keine Sonntagsreden mehr.

Wir erinnern uns noch gut an die Geschehnisse, die rund um die Realisierung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma in Europa praktiziert wurden. Zwanzig Jahre lang zögerte sich die Einweihung des Denkmals hinaus. Wir wollen uns nicht mehr schwächen lassen, auch nicht mit der Aussage, dass wir uns erstmal einig werden und mit einer Stimme reden müssen. Wir Roma und wir Sinti sind eine vielfältige Gesellschaft. Jede und jeder von uns hat die Freiheit, eine eigene Meinung zu bilden und zu vertreten. Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Geschwister, lasst uns aus diesen Erfahrungen lernen und uns nicht entzweien. Es würde uns keinen Schritt weiterbringen im Kampf gegen diese Pest des Rassismus, die Menschen entrechtet, unseren Kindern die Chance auf ein lebenswertes Leben nimmt, nur weil sie einen Romno-Hintergrund haben. Lasst uns verbinden und auch neue Verbündete suchen, damit wir dieses Mal unsere Zukunft mitgestalten für uns und unsere Kinder. Zusammen sind wir stark. Vielen Dank!

Filiz Polat:

Vielen Dank, Romeo. Wir steigen nun ein in die Panels. Erst werden wir auf dem Podium die Diskussion führen und dann später Sie herzlich dazu einladen, mit uns gemeinsam zu diskutieren. Zu meiner Linken sitzt Gordana Herold. Wir freuen uns sehr, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Gordana Herold ist die Initiatorin der Initiative Romane Romnja und des AGORA-Netzwerks für Sinti-

und Roma-Frauen in Deutschland. Ein Ziel Ihrer politischen Arbeit ist es, die Vielfalt von Sintize und Romnja sichtbar zu machen, in die Öffentlichkeit und in den Dialog zu bringen. Im Jahr 2015 haben der Verein und Sie ein Buch mit dem Titel „Empowerment, Partizipation, Feminismus der Roma-Frauen“ veröffentlicht. Herzlich willkommen!

Auf der anderen Seite sitzt Prof. Dr. Elizabeta Jonuz. Frau Jonuz ist Soziologin und Professorin an der Hochschule Hannover in der Abteilung für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Migration und Internationales. Frau Jonuz hat im Jahr 2009 ihre Dissertation geschrieben zu der Frage, wie Roma-Familien der Ethnisierungsfalle begegnen. Im Jahr 2012/2013 war sie außerdem Projektleiterin in einer interkommunalen Kooperation zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes bezüglich der Zuwanderung aus Südosteuropa mit den Städten Dortmund und Duisburg tätig. Derzeit entwickeln Frau Jonuz und Frau Dr. Jane Weiß von der Humboldt-Universität Berlin gemeinsam eine Studie zu erfolgreichen Bildungs- und Berufswegen von Sinti*ze und Rom*nja in Deutschland. Ein herzliches Willkommen an Frau Jonuz.

Dr. Markus End ist promovierter Sozialwissenschaftler und als selbstständiger wissenschaftlicher Autor und Referent tätig. Herr End ist Vorsitzender der Gesellschaft für Antiziganismusforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen Theorien des Antiziganismus, antiziganismus-kritische Bildungsarbeit und vor allem Antiziganismus in den Medien, bei Polizei und Sicherheitsbehörden und in der Sozialen Arbeit. Herzlich willkommen!

Wir dürfen außerdem Sandra Selimović begrüßen. Frau Selimović wurde in Serbien geboren und emigrierte mit ihrer Familie im Alter von 5 Jahren nach Wien. Sie ist Schauspielerin, Regisseurin, Produzentin, Filmemacherin, Rapperin und Aktivistin. 2010 gründete Sandra Selimović den ersten feministischen und professionellen Rom*nja-Theaterverein mit Ihrer Schwester Simonida Selimović. Derzeit sind beide mit dem erfolgreichen Stück Roma-Armee im Maxim-Gorki-Theater in Berlin zu sehen. Herzlich willkommen!

Die Diskussion beginne ich mit einem Zitat von Zoni Weisz, der im Jahr 2011 eine beeindruckende Rede im Deutschen Bundestag gehalten hat: „Wir sind doch Europäer und müssen dieselben Rechte wie jeder andere Einwohner haben, mit gleichen Chancen, wie sie für jeden Europäer gelten. Es kann und darf nicht sein, dass ein Volk, dass durch die Jahrhunderte hindurch diskriminiert und verfolgt worden ist, heute immer noch ausgeschlossen und jeder ehrlichen Chance auf eine bessere Zukunft beraubt wird.“ Frau Herold, können Sie uns dazu Ihre Eindrücke schildern, wie sich in den letzten zehn Jahre die Erfassung und Bearbeitung von Antiziganismus in Deutschland entwickelt hat?

Gordana Herold:

Zunächst möchte ich die Aussagen von Romeo Franz bestätigen. Diese furchtbaren Zustände gibt es natürlich in vielen Dörfern und Städten in Rumänien, auf dem Balkan und in anderen ehemaligen Ostblockstaaten. Die Situation ist sehr fatal. Andererseits muss man aber auch sagen, dass sich in den letzten fünf Jahren auf politischer Ebene einiges getan hat im Vergleich zu den letzten zehn bis zwanzig Jahren. Debatten über Antiziganismus hatten wir in der Vergangenheit nicht so häufig und wir wurden auch nicht in solche Häuser wie den Deutschen Bundestag eingeladen. Dazu haben wir heute die Gelegenheit, wir haben heute mit Romeo Franz auch unseren ersten Sinto als Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Meiner Einschätzung nach müssen wir versuchen die Debatte mehr und mehr positiv zu belegen. Wir dürfen Vorurteile und Stereotype nicht auf die gesamte Minderheit übertragen. Das passiert zum Teil in der medialen Berichterstattung, aber auch in politischen Gremien. Die Aussage des italienischen Innenministers ist da nur das jüngste Beispiel. Die aktuelle Situation ist uns allen bekannt. Darüber müssen wir nicht lange mehr debattieren, das haben wir in den letzten Jahrzehnten genug getan.

Es ist an der Zeit, dass wir über die Bekämpfung debattieren, und zwar ganz stark mit lauter Stimme. Wie bekämpfen wir den Antiziganismus? Antiziganismus ist seit Jahrhunderten historisch gewachsen, und ist stark verwurzelt. Wir brauchen

dafür gute, kluge Strategien. Wir brauchen Solidarität untereinander, wir brauchen Solidarität von der Politik, so wie sie uns das heute zeigt, und wir brauchen Solidarität in der gesamten Bevölkerung.

Die politische Bürgerrechtsbewegung der Sinto und Roma ist bereits seit 1945 aktiv. Die Anerkennung der Opfer des Holocaust erfolgte aber erst 40 Jahre später. 1985 wurden Sinti und Roma im Deutschen Bundestag offiziell als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt. Die Anerkennung als nationale Minderheit erfolgte 1995. Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma wurde 2012 fertig gestellt. Die Jahreszahlen zeigen deutlich, wie mühsam die Arbeit der Bürgerrechtsbewegung war. Trotz der politischen und zivilgesellschaftlichen Hindernisse hat die Bürgerrechtsarbeit nicht aufgegeben. Die Jahreszahlen zeigen deutlich, welche hohen Anstrengungen notwendig sind, vor allem für eine Gruppe, die in der Zivilgesellschaft ein schlechtes Image hat.

In den letzten fünf Jahren hat sich auf der politischen Ebene einiges bewegt. Es wird versucht, das Thema Sinti und Roma auf positive Art und Weise ins Zentrum zu rücken. Es gibt immer mehr Debatten mit Sinti*ze und Rom*nja, Sinti*ze und Rom*nja sind Veranstalter und Gastgeber geworden, Sinti*ze und Rom*nja werden wie z.B. heute in den Bundestag eingeladen, immer mehr Sinti*ze und Rom*nja betätigen sich in der Politik. Die Strukturen öffnen sich immer mehr gegenüber Sinti*ze und Rom*nja. Diese Öffnung sollten wir nutzen, um uns zu professionalisieren, damit wir gemeinsam mit anderen Bürgern für Menschenrechte und Demokratie streiten können und immer mehr zu Changemakern werden.

Die große Herausforderung ist und wird sein, gegen die Vorurteile, Ausgrenzungen, Benachteiligungen, gegen Hass und Hetze, Diskriminierungen und Rassismus anzugehen. Dafür benötigt es viel Geduld, kluge Strategien, viel Solidarität und Sympathisanten in der Politik und in der modernen, demokratischen Zivilgesellschaft. Die letzten Jahrzehnte der Bürgerrechtsarbeit haben deutlich gezeigt, dass Antiziganismus einer von vielen Rassismen ist, aber eben einer, der am stärksten in der Zivilgesellschaft verwurzelt ist – und das seit Jahrhunderten, in ganz Europa. Deshalb ist es wichtig,

Debatten darüber zu führen, welche Strategien dagegen ankommen können. Die IST-Situation ist uns allen gut bekannt.

Filiz Polat:

Frau Herold, mir haben Sie auf meine Frage, was gegen Diskriminierung hilft, erzählt, dass es ein großes Informationsdefizit gegenüber Sinti*ze und Rom*nja gibt. Häufig entsteht aus einem solchen Defizit eine völlig falsche Wahrnehmung. Wie können wir dem begegnen?

Gordana Herold:

Es muss in zwei Richtungen appelliert werden: Einmal natürlich den Appell an die Mehrheitsbevölkerung, die sehr wenig – wie schon von Petra Pau erwähnt – über Sinti und Roma und über deren Geschichte weiß. Das Thema der Sinti wird außerdem häufig zu Unrecht und aus Unwissenheit in der Migrationspolitik verortet. Angehörige der Sinti*ze sind aber keine Migranten. Diese Menschen leben seit fast 700 Jahren in Deutschland. 1995 gab es die Anerkennung als nationale Minderheit. Gleichzeitig haben wir auch viele Angehörige der Roma in Deutschland mit Flüchtlingsstatus, das ist eine besondere Facette der Migrationspolitik. In Debatten über Sinti und Roma brauchen wir konkrete Fachbereiche und Zuständigkeiten, die die jeweiligen Themen konkret verorten.

Es muss endlich in der Politik und in der Zivilgesellschaft ankommen, dass deutsche Sinti und Roma national anerkannte Minderheiten sind. Aus dem Status einer national anerkannten Minderheit erwachsen ganz andere Rechten, Pflichten und Ansprüche, auch andere Zugänge im Vergleich zu Migrantinnen und Migranten oder Geflüchteten. Wenn wir die Angehörigen unterschiedlicher Gruppen und Herkunft gemeinsam in der Migrationspolitik verorten, fehlt das Verständnis für die unterschiedlichen Zugänge z.B. zum Erwerbsarbeits- oder Wohnungsmarkt. Das dürfen wir nicht weiter zulassen und klar und deutlich die Unterschiede benennen. Dafür brauchen wir natürlich auch Informationsportale und Menschen, die solche Problematiken im gesellschaftlichen Diskurs kommunizieren können. Darüber hinaus brauchen wir natürlich auch einen Appell an unsere eigenen Leute,

an unsere Roma und Sinti, dass sie sich gegenüber der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern, Regionen, Städten und Stadtquartieren öffnen und sich als Teil der Gesellschaft verstehen.

Filiz Polat:

Frau Selimović, Sie haben ein Interview in der taz gegeben, in dem Sie sagen: Wir wollen raus aus der Opferrolle. Sehen Sie da einen Widerspruch zu den Aussagen von Frau Herold? Was ist Ihr Umgang mit dem Thema?

Sandra Selimović:

Nein, überhaupt nicht. Als Künstlerin geht es mir vor allem darum, was für Rollenbilder und Stereotypen wir schaffen, im Theater oder auch in Film und Fernsehen. Uns geht es vor allem darum, uns selbst zu ermächtigen. Zusammen mit meiner Schwester habe ich in Wien den ersten feministischen Roma-Theaterverein gegründet. Wir wollen Klischees aufbrechen, aber auch andere Rollenbilder zeigen. Wir wollen starke Rom*nja zeigen, vor allem auch aus einem feministischen Aspekt. Es geht nicht nur um Antiziganismus, sondern auch um eine Übersexualisierung der Frau, die beispielsweise in einer Exotisierung bei Roma-Frauen sichtbar wird.

Wir wollen diese Klischees aufbrechen und zeigen, dass wir einfach normale Bürger und Bürgerinnen dieser Gesellschaft sind. Es gibt kein Roma-Problem, sondern ein Rassismusproblem. Wir kritisieren auch andere Medien, die Rom*nja nur in Stereotypen darstellen – manchmal auch versteckt. Zum Beispiel spricht man nicht nur von Roma und Sinti, sondern von „Armutszuwanderung“ aus südosteuropäischen Ländern oder von „Familienbanden“ oder „Clans“. Im Theater beschäftigen wir uns viel mit Sprache, die wir aufbrechen wollen.

Uns war es auch wichtig, dass wir eine Institution haben oder einen Verein, den wir leiten und in dem wir unsere eigenen Geschichten erzählen können. Ich habe oft Rollen gespielt unter Anleitung von Gadsche, also Nicht-Roma, die ihre eigenen Vorstellungen hatten, welche Geschichten sie über Rom*nja erzählen oder welche Klischees sie

reproduzieren wollen. Das hat mir irgendwann gereicht, auch als Künstlerin, weshalb es mir sehr wichtig war, einen eigenen Verein zu gründen und eigene Ideen zu liefern für Roma-Armee im Maxim-Gorki-Theater.

Filiz Polat:

Das Thema können wir gleich auch noch mal mit Dr. Markus End besprechen, der zu Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit und den Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation wissenschaftlich arbeitet. Frau Selimović, wie gehen die Medien mit Ihnen und Ihrer Arbeit in dem Verein oder am Theater um?

Sandra Selimović:

Es gab viel positiven Anklang. Wir haben aber auch Kritik bekommen, dass wir keine Kunst machen, sondern nur Opfergeschichten produzieren. Wir wurden nicht als professionelles Theaterstück eingestuft, vor allem, weil die meisten Mitspieler und Mitspielerinnen tatsächlich Roma sind. In Wien haben wir beispielsweise auch durch die mediale Berichterstattung im Vorfeld der Aufführung auch viele Drohungen oder Anfeindungen bekommen. Wir waren uns auch nicht sicher, ob es Angriffe geben könnte. Es war uns am Anfang auch nicht klar, wie die Leute reagieren werden am Maxim-Gorki-Theater, ob es negative Resonanz gibt oder sogar Droh-Mails. Das war ziemlich durchwachsen.

Filiz Polat:

Herr Dr. End, Sie haben über diese Themen sehr viel geschrieben und recherchiert. Sie konstatieren, dass sich Reportagen, Nachrichten und Magazinbeiträge in der Darstellung von Romno-Personen häufig einer stereotypen Bildsprache bedienen. Es gibt beispielsweise Medienbeiträge in Stadtteilen in Duisburg oder Dortmund zum Thema Zuwanderung aus Osteuropa, in denen empörte Anwohner*innen, aber keine einzigen Rom*nja interviewt werden. Empörte Bürger*innen und Kommunalpolitiker*innen äußern sich, während die Vertreter*innen der örtlichen Selbstorganisationen nicht befragt werden. Was schließen Sie daraus, auch in Hinblick auf die Arbeit einer zukünftigen Expertenkommission Antiziganismus?

Markus End:

Es gibt ganz klar ein strukturelles Ungleichgewicht in diesen Stimmen. Das liegt, glaube ich, auch an der Perspektive dieser Medien. Die sehen sich nicht als Vertreter*innen von Rom*nja, sondern als Vertreter*innen dieser Dominanzgesellschaft. Natürlich machen einzelne Medien hier und da mal einen Fehler. Worum es mir aber geht, ist ein bisschen grundsätzlicher. Es geht mir um die grundsätzliche Wahrnehmung dieser damaligen Migrationsbewegung. Mit dem Begriff der „Armutszuwanderung“ ist die Vorstellung verbunden, da würden Menschen hierher kommen, die nicht arbeiten, sondern auf unsere Kosten leben wollen. Diese scheinbare Bedrohung wird dann auch noch ethnisiert. Die Begriffe „Roma“ und „Armutszwanderer“ waren in der medialen Berichterstattung eigentlich gleichgesetzt und das nicht nur in der Bild-Zeitung oder dem Explosiv-Magazin, sondern auch in ARD, ZDF und den großen Zeitungen. Wir sollten nicht nur die ganze Zeit über die AfD sprechen oder nach Ungarn schauen, sondern müssen uns bewusst machen, dass es hier, in der Mitte der Gesellschaft, ganz massiv diese verzerrte Wahrnehmung gibt. Eben auch bei ganz vielen Wohlmeinenden. Das zeigt sich dann auch in so kleinen Formulierungen, beispielsweise hieß es bei der Räumung der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin, in dem Haus wohnten „Aktivisten, Obdachlose und Roma“. Bei den „Aktivisten“ ist klar, warum die da wohnten, bei den „Obdachlosen“ kann man es sich aus dem Wort quasi auch erschließen – die wollten da ein Obdach haben – aber bei den „Roma“? Sind das jetzt Anwält*innen oder sind es die Aktivist*innen, oder vielleicht auch Obdachlose? Aus irgendeinem Grund werden sie aber nicht unter die Obdachlosen gezählt, weil das quasi bei dem Wort „Roma“ schon mitschwingt, weil da ein Bedeutungsüberschuss besteht. Das ist jetzt eine subtile Variante, aber man muss sich bewusst machen, dass diese Worte in den Medien nicht ohne diesen antiziganistischen Vorstellungsgelhalt verwendet werden.

Filiz Polat:

Frau Jonuz, Sie haben als Projektleiterin in einer interkommunalen Kooperation mit der Stadt Dort-

mund an einem Handlungskonzept für Zuwanderung aus Südosteuropa mitgearbeitet. Hat diese Thematik, der Umgang mit Stereotypen, auch eine Rolle gespielt? Oder gab es einen anderen Schwerpunkt?

Elizabeta Jonuz:

Ja, die Stadt Dortmund, die Stadt Duisburg, gefolgt von der Stadt Hannover und der Stadt Hagen sowie weitere Städte haben hier unterschiedliche Spielarten des Antiziganismus angewandt. Zu den unterschiedlichen Spielarten des Antiziganismus gehören der rassistische Antiziganismus, sexistischer Antiziganismus, struktureller Antiziganismus usw. Zunächst wurde für das Handlungskonzept der Städte Dortmund und Duisburg davon ausgegangen, dass wir die wissenschaftliche Begleitung als Auftragsforschung betreiben, was wir selbstverständlich nicht gemacht haben.

Und auch die Städte Dortmund und Duisburg gingen innerhalb ihrer rassistischen Ideologien – wie Klaus Bade sagt – vom antiziganistischen Gespenst der Armutsmigration aus. Es gab ein großes Interesse an den Migrantinnen und Migranten, die aus Rumänien und Bulgarien insbesondere in die Dortmunder Nordstadt gezogen sind und hier in den über Jahrzehnte von der Stadtpolitik verwahrlosten Häusern wohnten. Sehr schnell wurde von Roma gesprochen, wo wir in unserer Rolle als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Stadt Dortmund sehr deutlich sagen mussten, dass aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit die „ethnische“ Herkunft in statistischen Erhebungen nicht erhoben werden darf. Trotzdem gab es ein großes Interesse an der Herkunft dieser Menschen und ihrer „Identität“ als Roma. Wir mussten als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler klar benennen, dass hier struktureller Rassismus betrieben wird.

Mittlerweile hat, das muss ich insbesondere Herrn Stüdemann, Stadtdirektor und Kämmerer von Dortmund, zugutehalten, ein Perspektivwechsel stattgefunden. Die Verantwortung der maroden Quartiere und der schlechten Wohnbedingungen wird nicht den Zugewanderten aufoktroziert. Stattdessen ist man sich mittlerweile im Klaren, dass man Strukturen schaffen muss und auch

selbstkritisch sehen muss, wo über Jahrzehnte diese Quartiere vernachlässigt wurden.

Dennoch war es schwierig und es ist nach wie vor der Fall, dass für gesellschaftliche Strukturen letztendlich bestimmte Bevölkerungsgruppen, ob Roma, Sinti oder Muslime, in Verantwortung genommen werden für Misslagen in der Gesellschaft, die diese Menschen nicht zu verantworten haben.

Lassen Sie mich eins noch sagen, ich bin hier in diese Veranstaltung gekommen, weil wir über Antiziganismus sprechen wollen. Die Zielgruppe ist hier Dominanzgesellschaft, nicht Sinti, Roma, Calle oder wer auch immer darunter zu verstehen ist. Also ich finde, dass wir eigentlich über Antiziganismus bzw. Rassismus sprechen müssen, über die Spielarten von Antiziganismus und die Spielarten von Rassismus und nicht über Roma, Sinti und andere Bevölkerungsgruppen, denen schlichtweg im gesamten Kontext Menschenrechte abgesprochen werden. Wir müssen über institutionellen Rassismus sprechen, wir müssen über strukturellen Rassismus sprechen und wie dieser unterschiedliche Menschengruppen, auch Sinti, auch Roma, aber auch andere Menschengruppen mit voller Härte trifft.

Markus End:

Die Unterscheidung zwischen der Bekämpfung der Effekte des Antiziganismus, also der schlechten Lebenssituation vieler Betroffener, und die Bekämpfung des Antiziganismus sind erstmal ganz unterschiedliche Bereiche. In einem Bereich braucht es tatsächlich konkrete Fördermaßnahmen, aber nur weil quasi Leuten geholfen wird, ist der Rassismus noch nicht bekämpft. Das wäre so ein wichtiger gedanklicher Unterschied für mich.

Filiz Polat:

Frau Jonuz, die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag die lang geforderte Expertenkommission Antiziganismus verankert. Was erwarten Sie von dieser Expertenkommission? Wo soll sie ihre Schwerpunkte setzen? Haben Sie konkrete Forderungen, die Sie an eine Expertenkommission richten?

Elizabeta Jonuz:

Also was ich mir von dieser Expertenkommission oder Expertinnenkommission wünschen würde, ist, dass sie eine Diskussion über die unterschiedlichen Rassismen, worunter ich Antiziganismus, Antisemitismus, Sexismus, antimuslimischer Rassismus zähle, öffnet. Was ich auch für wesentlich halte, sind Maßnahmen, die tatsächlich institutionellen Rassismus, institutionelle Diskriminierung beseitigen und nicht nur einzelne Projekte fördern. Nur dann kommen wir tatsächlich weiter.

Filiz Polat:

Frau Herold, was wären Ihre Punkte? Sie haben ein Netzwerk gegründet, was speziell auch feministische Aspekte berücksichtigt. Wäre das auch ein Punkt, den Sie einbringen wollen würden?

Gordana Herold:

Von sexistischen Rassismus sind wir Romnja und Sintize sehr stark betroffen – sowohl von der Mehrheitsbevölkerung bzw. der Zivilgesellschaft als auch aus unseren eigenen Gruppen. Es sollte nicht der Schwerpunkt der Expertenkommission sein, aber durchaus breit thematisiert werden. Frauen und Mädchen aus der Sinti und Roma Community müssen immer noch viel zu häufig ihre Belange, ihren Ehrgeiz, ihre Lebensentwürfe und Vorstellungen verbergen, wenn sie in Bildung und Beruf einsteigen oder sich politisch engagieren wollen, genauso beim Thema Heiraten und Scheidung. Das gilt ebenso für das Thema der sexuellen Orientierung.

An dieser Stelle möchte ich gern allen Frauen und Mädchen für ihren Mut danken, die als Vorreiterinnen das Thema der sexuellen Orientierung in der Community platziert haben. Ich hoffe, dass das eine Motivation für viele andere Frauen und Mädchen ist, Courage zu zeigen und Changemakerinnen zu werden. Die Menschen, die sich sichtbar zeigen und die aktiv sind, die bereit sind, ihre Herkunft, ihre Biographie und Expertise darzustellen, brauchen ideelle und materielle Unterstützung. Das ist ein weiteres Mosaikteilchen, um gegen Diskriminierung und Rassismus anzugehen. Wir brauchen positive Unterstützung, damit die Mehrheitsgesellschaft und auch die Sinti und Roma

Community Biographien von Frauen und Mädchen wahrnehmen können.

Die Romane Romnja-Initiative bereitet gerade eine Publikation namens „Romnja in Bildung und Beruf. Frauen schaffen es trotzdem“ vor. Der Weg einer jeden Sintizza und Romnji ist nicht einfach, sondern mit vielen Hindernissen und hohen Anstrengungen verbunden, gerade wenn man im Bildungs- und Berufskontext weiter vorankommen möchte. Manche kommen nicht weiter als bis zur Grundschule, da es ohne ein engagiertes Elternhaus und unterstützende Lehrerschaft wirklich schwierig ist eine Empfehlung für die Realschule oder das Gymnasium zu bekommen. Bildung ist eine große Herausforderung, insbesondere für Sinti und Roma, die mit einem negativen Image in Bildung und Beruf einsteigen. Daran scheitern viele. Jede und jeder hat aber natürlich selbst die Hoheit darüber zu entscheiden, inwieweit er oder sie sich sichtbar macht. Es ist aus verschiedenen Biographien bekannt, wie schwer es ist, sich dieser Herausforderung zu stellen und sich im Kontext Bildung und Beruf zu outen und danach weiter voranzukommen.

Romane Romnja hat für die Publikation „Romnja in Bildung und Beruf. Frauen schaffen es trotzdem“ mit großen Anstrengungen acht Frauen gewinnen können, die aus ihren Erfahrungen erzählen und berichten, wie sie es doch geschafft haben, in Bildung und Beruf erfolgreich zu sein. Diese Frauen haben sich nicht zu Beginn geoutet, sondern erst als sie Anerkennung für ihre Leistungen erfahren haben. Wir haben für diese Publikation aber noch keine ausreichenden Fördermittel. Wir hoffen auf Fördergelder, um die Publikation drucken und veröffentlichen zu können.

Filiz Polat:

Frau Selimović, in der Vergangenheit gab es eine Expertenkommission Antisemitismus, die wirklich auch nur zum Kontext Antisemitismus gearbeitet haben. Sollten wir eine Expertenkommission Antiziganismus sozusagen öffnen oder glauben Sie, dass dann der Fokus verloren geht? Zumal beim Thema Antiziganismus die Vorbehalte und Stereotype in der Mehrheitsgesellschaft weit größer sind

als bei anderen Ausprägungen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit?

Sandra Selimović:

Also für mich geht es vor allem um das Thema Bildung. Meiner Meinung nach sollte das Thema Antiziganismus verpflichtend in die Lehrpläne aufgenommen werden. In Österreich habe ich die Erfahrung gemacht, dass beispielsweise beim Thema Holocaust Roma und Sinti nicht erwähnt werden. Man spricht hauptsächlich über Antisemitismus, wodurch eine ganz andere Sensibilisierung entsteht. Heutzutage würde sich kaum jemand trauen in der Öffentlichkeit antisemitische Thesen zu vertreten. Daher wäre mein Appell, die Geschichte des Antiziganismus als Unterrichtsstoff aufzunehmen.

Gleichzeitig müsste man aber auch das Lehrpersonal besser überprüfen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Rassismus gegen Roma vor allem gegenüber den Kindern ziemlich groß ist. Da begegnen einem häufig Vorurteile, beispielsweise dass diese Kinder generell einfach dümmer wären und sich schlechter benehmen, dass ihre Eltern kein Interesse an der Bildung ihrer Kinder hätten, dass diese Kinder in Sonderschulen gehören usw. Daran sieht man, dass vor allem im Bereich Bildung die Partizipation bzw. die Chancengleichheit überhaupt nicht ausgeglichen ist.

Filiz Polat:

Frau Jonuz, vielleicht können Sie auch noch mal kommentieren, ob der Fokus verloren geht, wenn man die Expertenkommission Antiziganismus für weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit öffnen würde.

Elizabeta Jonuz:

Ich würde das nicht als eine Verengung sehen, sondern als eine Erweiterung. Politischer Antiziganismus wird ganz offen betrieben und ist auch hier im Haus salonfähig. Bei politischen Antiziganismus gibt es kaum Konsequenzen. Bei der Erweiterung des Antiziganismus um den Kontext des Rassismus werden aber auf einmal alle ganz hellhörig und weisen den Vorwurf, Rassistin oder ein Rassist zu sein, von sich.

Zu häufig wird es auf individueller Ebene verhandelt, dabei beziehen sich Rassismen immer auf rassistische Ideologien, die in den gesamten Strukturen, im Bildungssystem, im Arbeitssystem, in Wohnsystemen, im Recht verankert sind. Und da müssen wir hingucken. Deshalb würde ich Antiziganismus mit anderen Rassismen verbinden, es ist wesentlich fruchtbarer. Meine Sorge wäre, dass durch die ausschließliche Fixierung auf Antiziganismus gegebenenfalls eine Exotisierung stattfindet, die ich verneine. Die Diskussionen über Rassismen sind in der Bundesrepublik längst überfällig sind.

Sandra Selimović:

Meine Frage ist auch, wer an der Expertenkommission überhaupt beteiligt ist. Wir müssen die Frage stellen, wer überhaupt über dieses Problem spricht. Ich würde vor allem für eine stärkere Beteiligung und auch Quotierung in solchen Kommissionen appellieren. Ich finde, dass es da noch viel zu wenig Repräsentation von unserer Seite in den gesellschaftlich relevanten Schlüsselstellen, vor allem im Bereich der Forschung gibt. Das muss auf jeden Fall berücksichtigt werden. Es ist eine wichtige Frage, wer für uns spricht und welche Leute eingeladen werden. Man macht sich dann auch oft nicht die Mühe, kompetente Rom*nja zu finden, die vielleicht viel mehr Wissen und Erfahrung einbringen können. Solange es keine positiven Rollenbilder gibt oder gebildete Menschen, die für uns sprechen, wird sich auch immer wieder bestätigen, dass quasi Nicht-Roma – Gadsche – immer noch glauben, dass sie mehr wissen oder uns irgendwie retten müssen, anstatt uns die Möglichkeit geben, uns selbst zu ermächtigen und für uns zu sprechen.

Filiz Polat:

Das ist ja auch eine Ihrer zentralen Forderungen, Herr Dr. End, und auch eine Ihrer Empfehlungen, dass keine Entscheidung ohne Sinti*ze und Rom*nja getroffen werden darf. Sie fordern auch, ähnlich wie Frau Dr. Jonuz, den Kampf gegen Antiziganismus zu einem Projekt der Mehrheitsgesellschaft zu machen. Das ist auch unsere Erfahrung in Niedersachsen. Die Verbände mussten die Klinken immer selber putzen, um Geld zu bekommen, um

Bildungsarbeit zu machen. Allein in der Gedenkstättenarbeit war viel Eigeninitiative gefragt. Mit welchen strategischen Maßnahmen können wir die Bekämpfung des Antiziganismus zum Projekt der Mehrheitsgesellschaft machen? Da wäre ja zum einen die Expertenkommission, die natürlich – davon gehe ich aus – zu weiten Teilen auch entsprechend mit Sinti*ze und Rom*nja besetzt wird.

Die Frage bleibt: Wie machen wir die Bekämpfung des Antiziganismus zum Projekt der Mehrheitsgesellschaft? Dieses Problem haben wir insgesamt beim Thema Rassismus. Oft finden vermeintliche Integrationsprojekte statt, die sich aber an Immigranten und nicht an die Mehrheitsgesellschaft richtig. Häufig geht man auch über die klassische Bildungsarbeit, die dann an junge Menschen gerichtet ist, aber gerade der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft ist ja in allen Altersschichten und in allen Bildungsschichten zu finden.

Markus End:

Für mich aus meiner Forschungsperspektive heißt meine Positionierung von Anfang an, dass ich eben nicht über Rom*nja spreche, sondern die Mehrheitsgesellschaft erforsche und dementsprechend auch Interviewanfragen oder sonstige Fragen zu dem Thema auch generell ablehne. Ich erforsche gar nicht Rom*nja, ich erforsche eigentlich die Nicht-Rom*nja, das ist mein Forschungsschwerpunkt und das finde ich eine ganz wichtige Perspektive. Im Jahr 2014 habe ich eine Medienstudie im Auftrag des Dokumentations- und Kulturzentrums gemacht. Im Jahr 2017 dann eine Kurzexpertise zur Polizei im Auftrag des Zentralrats und bereits davor, im Jahr 2013, eine Studie für Rom*nokher. Das sind ja alles Selbstorganisationen, die ihre Ressourcen in die Hand nehmen und Leute beauftragen, nicht nur mich, auch viele andere Leute, um Content und Wissen zu produzieren. Das ist ja eigentlich schon eine Verkehrung: Die Betroffenen müssen sich darum kümmern, dass die Mehrheitsgesellschaft aufhört, sie weiter rassistisch zu diskriminieren. Diese Studien sowohl über Medien als auch über die Polizei betrachten Phänomene von strukturellem Rassismus. Wenn Sie in diese Kurzexpertise reinschauen, sehen Sie, dass Rom*nja in Deutschland weiterhin von der Polizei

erfasst werden. Das ist nicht aus der Vergangenheit, sondern das wird bis in die Gegenwart gemacht und das wäre natürlich auch was, was politisch anzugehen wäre. Die Studien werden häufig von den Selbstorganisationen quasi der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, aber erfahren von den Parteien, Verbänden, Gewerkschaften nicht viel Aufmerksamkeit.

Im Gegenteil verschwinden diese Studien häufig in der Versenkung. Die Selbstorganisationen haben häufig nicht die Ressourcen die Ergebnisse dieser kritischen Studien noch entsprechend zu bearbeiten und in die Öffentlichkeit zu bringen. Aus den verschiedensten Studien ließen sich eigentlich hunderte kleine Anfragen machen, die aber nicht kommen. Oder die nur kommen, wenn die Selbstorganisationen wiederum über persönliche Kontakte in den Parteien irgendwo nachhaken, das ist ja aber auch alles Arbeitszeit und Lobbyaufwand usw. D.h. da ist tatsächlich auch eine Ressourcenverschiebung und auch eine Perspektivierung notwendig, damit die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft den Kampf gegen strukturellen Rassismus zu ihrem eigenen Projekt machen. Die Abgeordneten beispielsweise haben ja wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und so könnte eine Ressourcenumkehr stattfinden. Die Mitarbeiter*innen könnten sich in den Dienst dieser Sache stellen, den strukturellen Rassismus eben angreifen und bekämpfen, auf unterschiedlichsten Ebenen.

Filiz Polat:

Vielen Dank. Frau Jonuz, was sagen Sie zum Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Thema Antiziganismus? Es existieren nach wie vor zu wenige Lehrstühle und Institute, die sich mit dem Thema befassen, schon gar selbst durch Sinti*ze oder Rom*nja. Frau Jonuz, Sie sind in der Hochschullandschaft in Hannover verankert, können Sie uns aus Ihrer Perspektive einen Einblick geben in die Diskurse auch mit den verschiedenen Wissenschaftsministerien oder auch innerhalb der Hochschullandschaft? Gibt es in der Hinsicht Bemühungen, ein größeres Netzwerk aufzubauen?

Elizabeta Jonuz:

Ich glaube, die deutsche Wissenschaftslandschaft ist in puncto Antiziganismus bzw. Rassismus noch nicht so weit, wie sie sein müsste. Das sieht man zum Beispiel daran, dass es zum Beispiel keine Professur zu Antiziganismus oder zu Rassismen gibt. Es gibt eine Forschungsstelle Antiziganismus in Heidelberg. In der Zusammensetzung der Geschäftsführung und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist meines Wissens nach keine Wissenschaftlerin oder kein Wissenschaftler mit Roma- oder Sinti-Hintergrund dabei.

Ein Durchbruch dieser Strukturen kann hier nur durch auf der beruflichen Ebene aufgestiegene Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen „ethnischen“ Kontexten gelingen, so dass diese Menschen selbst eine Machtaneignung vollziehen können. Aber das dauert noch, da haben wir noch einiges an Arbeit vor uns. Stellen Sie sich vor, es gäbe ein Gleichstellungsrecht für Migrantinnen und Migranten, bei dem sie bevorzugt bei gleicher Eignung angestellt werden. Gibt's ja noch gar nicht.

Filiz Polat:

Frau Herold, vielleicht eine abschließende Frage, bevor wir dann das Podium öffnen, zum AGORA-Netzwerk für Sinti- und Roma-Frauen in Deutschland. Mittlerweile gibt es, auch durch die neue Rechte in ganz Europa, eine sehr starke Motivation sich zu vernetzen mit feministischen Bewegungen, selbst wenn es vorher noch keine Zusammenarbeit gab. Wie ist Ihr Netzwerk vernetzt mit anderen feministischen Gruppen oder auch anderen Communities?

Gordana Herold:

Ja, ich halte das für sehr wichtig, dass sich die Initiative Romane Romnja sowohl mit der Mehrheitsbevölkerung als auch mit anderen NGOs als Netzwerk verbindet und gemeinsam und solidarisch gegen die verschiedenen Rassismen, denen wir im Alltag, im Beruf, Bildung, auf dem Wohnungsmarkt usw. begegnen, ankämpfen. Das kann eine Initiative wie Romane Romnja nicht allein leisten. Romane Romnja braucht starke Menschen, starke

NGOs, starke politische Parteien, die helfen, unterstützen, um die Sachen gemeinsam und engagiert voranzubringen. Romane Romnja ist noch viel zu klein, um große politische Schritte machen zu können.

Romane Romnja ist Gründungsmitglied von DaMigra, das ist ein nationaler Verband von Migrantinnen, der versucht, eine starke Stimme für die Belange von Frauen und Mädchen zu sein. DaMigra wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt. Romane Romnja hat mit der Vernetzung sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir brauchen unbedingt mehr Menschen mit Sinti und Romno-Hintergrund, die einen akademischen Hintergrund haben und die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen engagieren. Der Weg dahin ist natürlich noch weit. Bildung ist die wichtigste Voraussetzung, um in einer modernen, demokratischen Zivilgesellschaft ökonomisch, sozial und politisch partizipieren zu können. Bildung ist sicherlich nicht alles im Leben, aber Bildung sollte einen höheren Stellenwert in bildungsfernen Familien bekommen. Davon sind nicht nur Sinti und Roma Familien betroffen.

Menschen, egal welcher Herkunft und Religion, haben viele gemeinsame Themen und sollten sich verbünden und solidarisch miteinander sein, denn alle wollen ökonomisch gut leben, unabhängig von der Herkunft oder Religion. Gleichzeitig ist es natürlich wichtig, dass wir uns auch mit der Mehrheitsbevölkerung solidarisieren. Wir müssen uns gemeinsam und auf gleicher Augenhöhe begegnen und es sollte – das ist das Ziel, das ist das Ideal – keine Hierarchien geben. Der Weg dahin ist natürlich noch weit. Wir müssen an den Strategien zur Verbesserung der Bildungssituation in bildungsfernen Familien arbeiten. Wir müssen auch versuchen, die Zivilgesellschaft für einen solidarischen Umgang zu sensibilisieren. Das heutige Fachgespräch ist auch ein Beitrag zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus.

Sandra Selimović:

Es gibt bereits seit Jahren die Initiative IniRomnja, die zwar in unserer Community, aber kaum in der Mehrheitsgesellschaft bekannt ist und auch wenig

gefördert wird. Es gibt auch den Verein RomaniPhen, die ein Archiv führen für feministische Arbeit und für feministische Literatur. In diesem Archiv kann man nachlesen, dass es sehr viele Künstlerinnen und Bürgerrechtlerinnen gab, die politisch sehr engagiert waren. Wir sollten vor allem auch solche Vereine weiterhin fördern, mit mehr Fördergeldern, damit sie auch wirklich nach außen hin in der Mehrheitsgesellschaft größer repräsentiert werden. Sonst bleibt ihre Arbeit eher im Kleinen und Unsichtbaren.

Filiz Polat:

Vielen Dank für den Hinweis. Liebes Publikum, ich würde Sie gerne bitten, Anmerkungen zu machen und Fragen zu stellen. Vielleicht können Sie auch Ihre Erfahrungen in Ihren Organisationen aus den verschiedenen Bundesländern, aus denen Sie angereist sind, schildern. Welche Schwerpunkte sind für Sie wichtig? Ich lade Sie herzlich ein.

Claudia Roth:

Wenn Sie mir erlauben, mir stellen sich sofort drei Fragen: Erstens wurde diese Woche angekündigt, dass die Schulbücher in Nordrhein-Westfalen nochmal nach Darstellungen oder Gefahren von Antisemitismus durchgeforstet werden. Wird eigentlich systematisch in den Bundesländern mal geguckt nach antiziganistischen Darstellungen in den Schulbüchern?

Zweite Frage: Ich bin Vorsitzende des Vereins der Freunde und Freundinnen des Museums jüdischer Kultur in Augsburg. Der Ansatz des Museums ist, die Darstellung jüdischen Lebens in Augsburg – und zwar nicht nur die Schoah, also nicht nur die Vernichtung von jüdischem Leben, von Menschen, in Augsburg. Es wird zum Beispiel Schulklassen gezeigt und erklärt, was koscheres Essen, koscherer Wein ist. Das ganz normale und selbstverständliche Leben, das Teil unserer Heimat Augsburg ist, wird dargestellt. Müsste es nicht eigentlich – das ist eine alte Debatte, ich weiß, die haben wir auch schon geführt – endlich ein Museum für die Geschichte der Roma und der Sinti geben? Und zwar ein Museum, das die gesamte Geschichte zeigt, nicht nur das Gedenken an die Schoah.

Und der letzte Punkt, der mich beschäftigt, ist die Sichtbarkeit. Eine der erschütterndsten Geschichten ist mir in Bayern passiert. Ein alter Herr hat mir das Foto seiner Enkelin gezeigt, mir von ihrer Anstellung bei einer Bank in Franken erzählt. Er war so stolz auf seine Enkelin, aber hat auch gesagt, die Anstellung hat sie natürlich nur, weil sie nie gesagt hat, woher sie kommt und wer sie ist. Da stellt sich mir die Frage, wie könnte Sichtbarkeit mit unterstützt werden? Im Romnokher-Haus in Mannheim werden ja unten im großen Keller-raum Bilder von bekannten Persönlichkeiten gezeigt. Da wurde mir dann erzählt, dass der Opernsängerin, Anna Netrebko, als sie ihre Herkunft veröffentlichen wollte, gesagt wurde, dass sie dann keinen Vertrag mehr kriegen würde. Was wären Ihre Forderungen, um Sichtbarkeit tatsächlich zu ermöglichen, zu begleiten und zu unterstützen? Vielleicht kannst Du auch, Romeo, Deine ersten Erfahrungen schildern. Welche positiven oder negativen Erfahrungen hast Du mit Medien, in der Öffentlichkeit gemacht?

Filiz Polat:

Frau Dr. Jonuz, vielleicht können Sie etwas zum Thema Schulbücher erzählen? Frau Selimović oder Frau Herold, vielleicht können Sie etwas zur Sichtbarkeit im Bereich Kunst/Kultur beitragen.

Gordana Herold:

Es gibt zur nationalsozialistischen Verfolgung der Sinti und Roma aus den achtziger Jahren eine Studie inwiefern die nationalsozialistische Verfolgung von Sinti und Roma in Geschichtsbüchern vorkommt. Er kam zu dem erschreckenden Ergebnis, dass es, wenn überhaupt, nur in einer Fußnote erwähnt wird. Es hat bisher keine Aufarbeitung dessen gegeben, insbesondere in Bezug auf den Nationalsozialismus und die Verfolgung der Sinti und Roma in Deutschland.

In Bezug auf Schulbücher und Antiziganismus würde ich eher auf das Beispiel der Kinder- und Jugendliteratur gehen, die durchaus an Gymnasien in Deutschland gelesen werden. Beispielsweise gibt es das Buch „Jenö war mein Freund“, das von rassistischen Stereotypen durchzogen ist. Hier gab

es durchaus eine Diskussion innerhalb der Schulen, so dass zum Teil eben diese Geschichte aus dem Unterricht herausgenommen wurde. Ob das aber flächendeckend geschehen ist, bezweifle ich. Im gesamten Bildungskontext hat der Bereich des Antiziganismus noch keinerlei Platz genommen. Das können Sie auch daran sehen, dass vor ca. einem Jahr der Kinder- und Jugendfilm „Nellys Abenteuer“ veröffentlicht wurde, der auch eine große Diskussion hervorgerufen hat. Da gebe ich gerne das Wort an Dich ab, Sandra.

Sandra Selimović:

Ja, genau, das wollte ich noch erwähnen. Der Film „Nellys Abenteuer“ ist voll von rassistischen Stereotypen. Der Film wurde groß gefördert und vom Bildungsministerium als didaktischer Lehrstoff eingesetzt an manchen Schulen. Das spricht für sich, dass als Lehrstoff ein Film eingesetzt wird, mit dem schon kleinen Kindern Antiziganismus eingepflegt wird. Ich möchte auch erwähnen, dass auch in der Hochkultur die Oper Carmen sehr populär ist. Das wurde nie in irgendeiner Weise kritisiert und das gehört ganz normal dazu. Ich werde auch immer noch meistens gecastet für irgendwelche Klischeerollen oder angefragt für Projekte, in denen ich für Jugendliche, auch an Schulen, spielen soll. Das habe ich dann auch sehr oft abgelehnt.

Elizabeta Jonuz:

In Bezug auf die Sichtbarkeit ist es ein Muss, dass jeder und jede für sich selbst entscheidet, wie sichtbar er oder sie sein will. Das Gute ist ja, dass es keinem Menschen auf der Stirn geschrieben steht, ob er Jude, Sinti oder Roma ist. Es geht ja um die fachliche Qualifikation, oder? Oder geht es um die „ethnische“ Herkunft in beruflichen Kontexten? Das muss jeder/jede für sich selbst entscheiden, insbesondere dann, wenn es um die Frage geht, könnte ich hier meine Existenzsicherung tatsächlich verlieren, wenn ich mich hieroute als Sintiza oder Romni oder Jüdin oder mit anderen Stigmata.

Gordana Herold:

Die Idee für ein Museum gibt es schon seit vielen, vielen Jahren von vielen verschiedenen Aktivisten.

Ein Museum ist mit einem hohen finanziellen, zeitlichen und inhaltlichen Aufwand verbunden. Deshalb hat sich die Initiative Romane Romnja etwas einfallen lassen, dass sich mit wenig Geld umsetzen lässt, und ein virtuelles Museum entwickelt. Dieses Projekt wurde ideell und finanziell von DaMigra unterstützt. Ein virtuelles Museum, in dem über die Geschichte der Sinti- und Roma-Frauen in Deutschland und Europa erzählt wird. Es wurden verschiedene Räume entwickelt, die aus verschiedenen Bereichen Frauen darstellen, die in Politik, Musik, Kunst und Literatur, der Bürgerrechtsbewegung aktiv sind. Man hat von überall Zugang zu diesem Museum und ist nicht geografisch an einen Ort gebunden. Das Museum trägt den Namen „EDUromnja“ – EDU für Education und Romnja für die Frauen und Mädchen und für die Initiative Romane Romnja.

Das virtuelle Museum konnten wir mit wenig Geld produzieren, aber ein tatsächliches Museum, das man interaktiv vor Ort erleben kann, ist in jedem Fall dringend notwendig. Ein Museum könnte ein weiteres Mosaikteilchen sein, um für ein gutes Image zu werben. Es könnten Museen entstehen an vielen verschiedenen Orten, um möglichst vielen Menschen mehr Informationen und Wissen über Sinti und Roma zu vermitteln und Begegnungen zu schaffen. Es ist an der Zeit, dass auch Sinti und Roma ein Museum haben und über ihre Geschichte und Kultur erzählen können. So kann auch Friedensarbeit, Menschenrechtsarbeit, interkulturelle Arbeit etc. für jedes Alter vermittelt werden.

Markus End:

In Augsburg gibt es eine lokale Sinti-Initiative, die auch vor 1 ½ Jahren mit relativ großer Prominenz ins Rathaus eingeladen wurde. Der Bürgermeister hat damals gesagt, dass man sie gerne in die Mitte der Stadt holen würde. Strukturelle Förderungen oder Ähnliches gibt's aber nicht, sondern die machen das seit Jahren ehrenamtlich und kommen deshalb auch nicht richtig voran. Mittlerweile gibt es in Augsburg einen Gedenkort, der ist auch eingeweiht. Gleichzeitig ist an dem Ort im Rathaus, wo der ermordeten Jüdinnen und Juden gedacht wird, immer noch nichts, was an die Ermordung von Sinti*ze und Rom*nja erinnert. Es gibt also

Versuche in die richtige Richtung, aber gleichzeitig wird es dann aber auch nicht richtig gemacht.

Sandra Selimović:

Kann ich noch etwas anführen? Mir ist es auch ein wichtiges Anliegen, dass Romanes als Sprache gefördert gehört. Unsere Sprache geht immer mehr verloren, weil die Eltern teilweise Angst haben. Entweder wird es im Geheimen gesprochen oder an die Kinder nicht mehr weiter überliefert und wenn, dann gibt es nur die mündliche Überlieferung. Die Kinder trauen sich dann auch nicht, in der Schule zu sprechen, d.h. sie fühlen sich auch minderwertig und haben Angst vor Rassismus. Ich glaube, es wäre ein großer Schritt, wenn es Förderungsprogramme und Lehrpersonal gäbe in Schulen, die Romanes anbieten und lehren.

Filiz Polat:

Dahinten haben wir noch eine Wortmeldung. Vielleicht kann vorher aber noch kurz, wenn Sie gestatten, Romeo Franz über seine Erfahrungen in Brüssel sprechen.

Romeo Franz:

Nun, ich habe ja tatsächlich in Bezug auf die Anerkennung im Beruf wirklich Glück gehabt. Diese Position, dieses Mandat zu haben, das ist natürlich schon etwas wert. Man merkt, dass mir mein Gegenüber schon respektabel auftritt, also mich und meine Position respektiert. Allerdings wenn ich nicht sage oder wenn man nicht weiß, dass ich Abgeordneter bin, dann bin ich halt immer noch der Sinto oder der Zigeuner. Das ist leider so, formelle Bildung hin, formelle Bildung her. Es nützt leider nicht so viel, wie man es sich eigentlich wünschen würde. Formelle Bildung ist wichtig, gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit müssen gewährleistet und möglich sein. Viel wichtiger ist es mir aber, dass Menschen „Herzensbildung“ haben, denn auch Menschen, die keine formelle Bildung haben, sind oft sehr soziale Menschen, achten und respektieren Menschen. Ich habe schon Akademikerinnen und Akademiker kennengelernt, die asozial sind, sich asozial verhalten und Menschen nicht respektieren. Eine formelle Bildung ist nicht der Garant für eine „Herzensbildung“.

Ich habe natürlich noch einen weiteren Vorteil. Als Abgeordneter bin ich in einer Partei, die für mein und unser Thema sehr affin ist und somit gibt es natürlich große Zustimmung in meiner Partei. Hier sitzen Menschen und Sympathisanten für dieses Thema. Doch die, die wir erreichen wollen, das ist schon ganz richtig, die sitzen nicht hier. Das geht mir oft im Parlament genauso. Zwar habe ich die Möglichkeit im Parlament zu gewissen Themen meine Meinung zu sagen. Das muss dann jeder hören und häufig ruft das sehr massive Reaktionen hervor, so dass zum Beispiel die Präsidentin zur Ruhe rufen musste und dass es beinahe Auseinandersetzungen gab bei den Rechten. Aber es ist jetzt nicht so, dass da – sag ich mal – Friede, Freude, Eierkuchen ist und weil jetzt der Romeo als Sinto im Parlament sitzt, dieses Thema auch anerkannt wird. Nein, manchmal genau das Gegenteil. Aber ich bin froh, für uns dort zu sein und unser Thema dort authentisch zu platzieren, weil ich der Sohn einer Holocaustüberlebenden und mit Ausgrenzung, mit Antiziganismus aufgewachsen bin. Ich weiß, wovon ich rede, so wie Ihr das auch kennt. Ich glaube, das hat dort gefehlt, dass da jemand ist, der das aus eigener Betroffenheit und Erfahrung beurteilen kann. Ich werde auch – das habe ich mir vorgenommen – die Menschen, die ich jetzt besucht habe und die ich noch besuchen werde, ins Europäische Parlament einladen, um sie reden zu lassen, damit sie selbst ihre Stimme erheben können und damit die Parlamentarier sehen, über wen sie reden. Das ist meine Aufgabe und dafür bin ich dankbar.

Filiz Polat:

Vielen Dank, Romeo. Wir haben noch zwei Wortmeldungen. Vielleicht nehmen wir die nacheinander auf, um danach dann auch zum nächsten Panel zu kommen.

Gast:

Guten Tag, ich arbeite beim Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma. Frau Roth, ich würde Ihre Frage gern beantworten. Es könnten immer noch mehr sein, aber es gibt natürlich Museen. Wir haben in Heidelberg eine Dauerausstellung, die den Schwerpunkt auf den Völ-

kermord setzt. Es wird gerade eine neue Dauer- ausstellung konzipiert. Wir haben ganz viele transportable Ausstellungen zur Bürgerrechtsarbeit, die von Göttingen über Osthofen von Sinti und Roma berichten. Es kann sehr viel mehr noch geben, aber museale Aufarbeitungen gibt es schon.

Claudia Roth:

Ich meine aber, es gibt kein nationales Museum. Darum ging es mir, denn das wäre die Anerkennung. Die vielen Orte sind super, aber auch wieder aus der Eigeninitiative entstanden. Es müsste aber aus meiner Sicht um eine Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland gehen. In einem solchen Museum könnte die ganze Geschichte, die ganze Kultur in aller Breite dokumentiert und gezeigt werden, weil sie Teil Deutschlands ist.

Gast:

Ich bin auch sehr, sehr dankbar, dass es diese Veranstaltung gibt. Ich selbst komme eigentlich aus der Ecke Aktivismus für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans, Inter- und queeren Personen. Es wurde ab und zu von einem Entweder/Oder gesprochen. Beispielsweise bei der Expert*innenkommission: Soll das eigentlich ein Gremium sein für Expert*innen, also Menschen, die selber „betroffen“ sind bzw. sich als Expert*innen auskennen – oder sollen da noch andere Gruppen mit einbezogen werden. Bei solchen Fragen, die total berechtigt sind, stellt sich mir aber immer wieder so ein bisschen die Frage, warum das immer als Entweder/Oder inszeniert? Warum kann es denn nicht ein Expert*innengremium geben für Antiziganismus und genauso auch ein übergeordnetes Gremium, wo dann eben noch andere Menschen, also andere Gruppen vertreten sind, die von menschenfeindlicher Hasskriminalität betroffen sind? Genauso eben auch mit dem Museum. Ich finde das auch super, dass viele Gruppen ihre eigenen Museen haben, genauso wie eigene Denkmäler und Gedenkzeichen usw. usf. Trotzdem müssen wir auch aufpassen, dass es nicht ständig eine Abgrenzung gibt und immer wieder alles in klein und klein passiert. Insbesondere wenn es um Fördermittel geht und um die Solidarität unterschiedlicher Gruppen, müssen wir

aufpassen, dass Gruppen, die bis jetzt noch gar nicht so viel Förderung oder Anerkennung haben, nicht den Anschluss verlieren und weiterhin gar nicht gefördert werden. Gruppen im Zusammenhang mit Homophobie und Transphobie kämpfen gerade darum, dass die bereits erreichten Fördermittel nicht wieder weggenommen werden, weil wir gerade einen Rollback erleben. Klar, es gab die Ehe für alle, aber trotzdem existieren Homophobie und Transphobie weiterhin. Das bedeutet, da geht's schon wieder in die nächste Etappe. Genauso wie bei Rassismus. Da haben wir gerade erst angefangen, das Thema öffentlich einigermaßen zu platzieren und schon gibt es – wegen der so genannten Geflüchtetenkrise – einen total großen Aufschrei, Fragen nach den Mitteln usw. usf. Ich glaube auch, dass antiziganistischer Rassismus ein Sonderthema sein sollte, da viele Themen, die Rassismus betreffen, Antiziganismus wieder marginalisieren. Es müsste eigentlich noch mal einzelne Fördermittel dafür geben. Mir ist es wichtig Gruppen und Initiativen zu stärken, die sich auf dieses Thema konzentrieren und das auch fokussieren. Gleichzeitig braucht es aber auch ein Verständnis, dass wir gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Gesamtheit verstehen und das zum Beispiel auch einzelne Gruppen untereinander von einer gemeinsamen Solidarität profitieren und eben gemeinsam fortschreiten können. Das wäre mir total wichtig.

Filiz Polat:

Vielen Dank. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass wir das nochmal kurz dann ins Podium geben. Hier haben wir noch eine Frage bzw. Anmerkung.

Gast:

J.S. vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: Ich komme aus dem einzigen Bundesland mit einem grünen Ministerpräsidenten und will hier einfach nur kurz anmerken, dass für mich die Abschiebungen von Roma nicht zu trennen sind von dem restlichen Thema Antiziganismus. Ich finde es doch etwas zynisch, dass gerade ein Bundesland mit einem grünen Ministerpräsidenten so viele Menschen in die Staaten des Westbalkans abgeschoben hat wie kein anderes Bundesland, worunter gerade die Minderheit der Roma besonders betroffen

ist. Ich habe aber noch eine konkrete Frage an die grünen Mitglieder der Bundestagsfraktion. Ich weiß nicht, ob Sie darauf geachtet haben, was die Bundesregierung in ihrem letzten Bericht zur Überprüfung der Einstufung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten geschrieben hat? Dort steht zu Mazedonien, dass es unter anderem im Bildungsbereich bisher noch nicht gelungen ist alle Roma-Eltern davon zu überzeugen, dass alle Roma-Kinder ihrer Schulpflicht nachkommen müssen. So erklärt die Bundesregierung, warum in Mazedonien weniger Roma-Kinder in die Schule gehen im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft. Außerdem führt die Bundesregierung eine Studie der GIZ an, die zeigt, dass Roma-Kinder von ihren Eltern zum Betteln gezwungen werden. Dies bestätigt sich im täglichen Straßenbild. Trotz mehrfacher Nachfrage haben wir von GIZ als auch vom Innenministerium keine Antwort bekommen, welche Studien diesen Aussagen zugrunde liegen. Wir haben die Vermutung, die gibt es nicht. Ich wollte fragen, ist es auch der grünen Partei aufgefallen bzw. gibt es dazu Anfragen und falls nicht, wäre ich um eine Unterstützung bei genau diesem Thema dankbar.

Gast:

P. von der Katholischen Seelsorge Roma und Sinti bei der deutschen Bischofskonferenz: Wir erleben in der Praxis, dass die Bildung auch hier in Deutschland bei Roma und Sinti durchaus ein Problem darstellt. Meine Frage wäre daher, vor allen Dingen an Frau Selimović, ob fehlende Bildung mehr ein Vorurteil ist oder sehen Sie das auch als reales Problem? Und dann auch die Frage, wie ist das dann zu lösen? Durch mangelnde Bildung fehlt ja der Grundstein für alles weitere.

Filiz Polat:

Gut, damit kommen wir zum Abschluss des Panels. Ich würde vorschlagen, wir greifen noch einmal die Diskussion um die Fokussierung der Expertenkommission auf. Vielleicht darf ich dabei kurz meine Rolle als Moderation verlassen. Ich beschäftige mich jetzt seit über zehn Jahren mit dem Thema. Zum Anfang habe ich auch gedacht, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss man insgesamt angehen. Rassismus ist seit Jahrzehnten

ein relevantes Thema. Gleichzeitig diskutieren wir erst seit zehn Jahren, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist. Das Bekenntnis dazu gibt es eigentlich immer noch nicht. Doch selbst Personen, die schon sehr lange im Kontext Rassismus unterwegs sind, haben beim Thema Antiziganismus noch viele Defizite. Ich habe noch nie vorher erlebt, dass es so viel Unwissenheit bei einem Thema gibt. Es gibt kaum Wissen über die Geschichte der Sinti*ze in Deutschland und auch ganz wenig über das Phänomen des Antiziganismus insgesamt.

Es ist daher meiner Einschätzung nach ganz wichtig, dass sich eine Expertenkommission ausschließlich mit Antiziganismus beschäftigt. Bei anderen Formen des Rassismus sind wir schon weiter. Bei Antiziganismus sind wir noch am Anfang. Das bezieht sich auch auf die Strukturen. Wir haben in Niedersachsen in den letzten fünf Jahren versucht, die Organisationen finanziell aufzustocken und Mittel in den Haushalt einzustellen. Wir haben einen Fonds aufgelegt. Das war ein Kampf, auch in der Koalition mit unserem SPD-Partner. Da müssen wir wirklich noch viele, viele Klinken putzen. Frau Jonuz, was sagen Sie dazu?

Elizabeta Jonuz:

Ich habe das Statement oder die Frage auch so verstanden, ob neben Antiziganismus als Form des Rassismus auch weitere Rassismen in dieser Experten/Expertinnen-Kommission thematisiert werden soll. Ich glaube, das ist durchaus eine sinnvolle Erweiterung wenn wir unterschiedliche Rassismen thematisieren, also wo verschiedenste Rassismen auch übereinander greifen, ineinandergreifen.

Filiz Polat:

Sichere Herkunftsländer waren ja auch ein sehr starker Konflikt innerhalb unserer Partei. Alle anderen grün mitregierten Bundesländer haben im Bundesrat dagegen gestimmt, nur Baden-Württemberg nicht. Insofern ist dieser Konflikt natürlich nach wie vor da. Mit meiner Kollegin Katja Keul war ich vor kurzem wieder im Kosovo. Dort wird komplett negiert, auch durch die deutsche Vertretung, dass strukturelle Ausgrenzungen aufgrund von Antiziganismus geschehen.

Elizabeta Jonuz:

Ich würde ganz gerne zu Ihrem großartigen Beitrag noch wenige Sätze sagen. Institutioneller Rassismus ist in ganz Europa omnipräsent. Es zeigen unterschiedliche europäische Studien, dass in Deutschland und in allen anderen europäischen Ländern, darunter auch Mazedonien, Kosovo, Serbien, struktureller und institutioneller Rassismus in allen Lebensbereichen, wie Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Recht, betrieben wird. Menschenrechtsorganisationen berichten ebenfalls davon. Und hier wäre es eine politische Maßnahme, ein politisches Erfordernis, Antiziganismus als Abschiebehindernis politisch, rechtlich zu platzieren. Ob in der EU bzw. hier in der bundesdeutschen Politik.

Gordana Herold:

Die Initiative Romana/Romnja war letzte Woche in Bosnien als Beobachterin und Sachverständige in einem Gerichtsprozess. Rom*nja können in Bosnien und Herzegowina nicht zu ihrem Recht kommen, weil sie als Rom*nja keine Lobby haben, keine Solidarität und keine Sympathie bei den Gerichten und in der Zivilgesellschaft haben. Die wenigen Roma-NGOs, die es dort gibt, und auch andere NGOs, die sich für die Belange der Rom*nja einsetzen, haben nicht den Mut, in solche Prozesse zu intervenieren. Die daraus resultierenden Konsequenzen lassen die Menschen oft verzweifeln. Statt für ihr Recht und ihr Eigentum zu kämpfen, verlassen sie eher das Land, um nach neuen Lebensperspektiven zu suchen. Kein Staat in Europa will die Erfahrungen der Rom*nja erkennen und noch weniger anerkennen. Ein solcher Kreislauf existiert in ganz Europa. Für Rom*nja und ihre Kinder bedeutet das ein Hin und Her. Sie werden immer wieder zu ewig Wandernden durch Europa gemacht.

Ursachenbekämpfung sollte das höchste Ziel sein. Wir müssen auch in Ländern wie Bosnien und Herzegowina Strukturen und Möglichkeiten schaffen, damit Roma zu ihrem Recht kommen, wenn sie im Recht sind. Sie müssen ihr Eigentum zurückbekommen, damit sie nicht gezwungen sind, in anderen Ländern nach neuen wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven zu suchen, um zu überleben. Diese Erfahrungen waren für Romane Romnja Anlass gegen Bosnien und Herzegowina Klage beim

Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg einzureichen. Romane Romnja hofft, damit einen weiteren Beitrag gegen Diskriminierung und Rassismus zu schaffen. Diese Klage gegen einen Staat verlangt neben dem Engagement einer kleinen Initiative politische Unterstützung von starken politischen Parteien und NGOs.

Romeo Franz:

Ich bin mir sicher, dass wir die Situation mit dem Antiziganismus gerade jetzt im Ex-Jugoslawien so nicht hier lösen können. In der Slowakei, in Tschechien, in Ungarn, in Polen, in Rumänien und Bulgarien sind massive Diskriminierungen sichtbar, die, wie ich vorhin erwähnt habe, unaussprechlich sind. Wir müssen eins nicht vergessen: Hier geht es um Menschen, die in ihrer Heimat bleiben wollen. Deswegen ist es auch wichtig, an verschiedenen, unterschiedlichen Fronten zu kämpfen. Erstens den Antiziganismus bekämpfen, aber auch zweitens die Menschen vor Ort unterstützen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können. Eine gleichberechtigte Teilhabe und die Möglichkeit einer Existenzgründung vor Ort sind wichtige Aspekte. Ich glaube, es ist eher nicht die Lösung woanders hinzugehen. Besonders toll ist es in Deutschland auch nicht für jemanden, der hierherkommt. Hierzulande haben wir auch Antiziganismus, also das Paradies ist es hier tatsächlich nicht. Ich meine, dass wir den Menschen auch in ihren Heimatländern – und dafür möchte ich auch streiten –, die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilhabe geben müssen. Sie sind Bürger ihrer Länder und haben dort ihre Heimat. Heimat bedeutet auch für diese Menschen sehr viel. Das dürfen wir nicht vergessen.

Filiz Polat:

Vielen Dank! Ich muss jetzt leider die Diskussion dieses Panels schließen, aber lade Sie natürlich herzlich zu unserem zweiten, spannenden Panel ein. Ich möchte mich vorher nochmal ganz herzlich bedanken bei Frau Selimović, Herr Dr. End, Frau Dr. Jonuz und Frau Herold. Wir bedanken uns herzlich, dass Sie gekommen sind, um mit uns zu diskutieren.

Margarete Bause:

Ja, dann machen wir gleich weiter. Frau Dr. Jonuz hat mir vorhin schon das Stichwort gegeben. Rom*nja und Sinti*ze werden ihrer Menschenrechte beraubt. Als Sprecherin für Menschenrechte in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen freue ich mich sehr, dass auch für das zweite Panel so viele Expertinnen und Experten, die sich seit vielen Jahren mit dem Thema auseinandersetzen, zu uns gekommen sind. Neben mir sitzt Terry Reintke, seit 2014 Parlamentarierin im Europaparlament. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, im Ausschuss für regionale Entwicklungen, im Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter, Co-Vorsitzende der LGBTI-Inter-group und Mitverfasserin einer Studie der grünen EFA-Fraktion im Europaparlament namens „Der Kampf gegen Antiziganismus“. Frau Reintke wird uns gleich auch nochmal kurz die Maßnahmen auf europäischer Ebene vorstellen. Es existieren diverse Richtlinien, Rahmenbeschlüssen, Roma-Strategien, Strukturfonds. Doch was bringt das eigentlich alles und wo muss man da nochmal hinschauen und evaluieren und das vielleicht auch nochmal verbessern?

Neben ihr sitzt Georgi Ivanov, studierter Sozialpädagoge aus Bulgarien und Koordinator im Verein Amaro Foro, einer interkulturellen Jugendselforganisation für Roma und Nicht-Roma, mit dem Ziel junge Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation zu aktivieren, selbst tätig zu werden. Amaro Foro fungiert als Berliner Gliederung des Bundesverbandes Amaro Drom, die erste bislang einzige Jugendselforganisation in Deutschland, die mit Bildungsarbeit und Empowerment dem Antiziganismus aktiv entgegentritt. Herr Ivanov hat natürlich auch sehr viele Erfahrungen aus der Praxis mit institutioneller Diskriminierung. Wir sind sehr interessiert an Ihren Einblicken, aber eben auch an Ihren Vorschlägen, was politisch getan werden muss.

Daneben sitzt Daniel Strauß, Geschäftsführer des Landesverbandes der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg. Vorstandsvorsitzender der Hildegard-Lagrenne-Stiftung und Mitgründer des Mannheimer RomnoKher. Seit 35 Jahren engagiert

sich Herr Strauß in der Bürgerrechtsarbeit von Sinti und Roma und hat den ersten Staatsvertrag mit verhandelt. Er ist Vertragspartner zwischen dem Verband der Deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg und dem Land Baden-Württemberg. Uns interessiert natürlich auch, inwiefern ein Staatsvertrag tatsächlich für den Kampf gegen den Antiziganismus hilfreich ist.

Neben Herrn Strauß sitzt Annegret Ehmman, sie ist Journalistin, Historikerin, Pädagogin und seit 40 Jahren aktiv in der Bildungsarbeit im Zusammenhang mit Antiziganismus, vor allem mit Gedenkstätten-Arbeit. Viele Publikationen aus ihrer Feder beweisen, dass sie da einen sehr tiefen Einblick und viel Erfahrung hat.

Neben Frau Ehmman begrüßen wir Mario Franz, Vertreter des Niedersächsischen Landesverbandes Deutscher Sinti. Herr Franz gründete in Eigeninitiative eine Romanes-Schule sowie den Sintikulturverein Maro-Drom-Sui-Generes. Er ist Geschäftsführender Vorstand der Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma, als wissenschaftlicher Berater im Bereich Sinti-Historie der Universität Liverpool und als Mitglied im Beirat Niedersächsische Gedenkstätten aktiv.

Terry, gib uns doch zu Beginn einen kurzen Einblick in die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung des Antiziganismus und Eure Bewertung dazu.

Terry Reintke:

Ja, erstmal vielen Dank von meiner Seite, gerade an Filiz, aber auch an Euch alle, dass diese Veranstaltung hier im Bundestag stattfindet. Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Symbol. Wir haben eine Arbeitsgruppe in der grünen Fraktion im Europäischen Parlament zum Thema und aus dieser Frustration heraus, dass so wenig getan wird, dass es immer noch viel zu wenige Initiativen gibt, ist die Publikation „Der Kampf gegen Antiziganismus in Europa“ entstanden. Unterdessen wird auf europäischer Ebene auch viel zum Thema Sinti und Roma, der größten Minderheit in Europa, gemacht. Es gab die Roma-Dekade, es gibt Programme, aber es gibt eben vor allem die Diskussion über die Effekte von Antiziganismus, also über Ausgrenzung,

potentielle Beschäftigungsprogramme und Gesundheitsprogramme. Gleichzeitig gibt es aber kaum Diskussionen dazu, wie man eigentlich den diesen Phänomenen zugrunde liegenden Antiziganismus bekämpfen kann.

Eine kurze Anekdote dazu: Ich sitze im Regionalausschuss im Europäischen Parlament, da habe ich einen Bericht dazu gemacht, wie marginalisierte Gruppen, so heißen die im EU-Sprech, besser eingebunden werden können in der Vergabe von Strukturfonds. Sehr viele marginalisierte Gruppen profitieren weiterhin viel zu wenig von diesen Strukturfonds. Darüber hatten wir eine Abstimmung. Im Bericht steht, dass der Kampf gegen Antiziganismus ein ganz wichtiger Teil sein muss und im Ausschuss, auch mit den Stimmen der Sozialdemokratie, ist dieser Satz aus dem Bericht rausgestimmt worden. Erst nach einer massiven Debatte im Plenum und mit der Unterstützung der Verbände und der Zivilgesellschaft konnten wir diesen Satz wieder in den Bericht aufnehmen.

Diese Publikation ist keine wissenschaftliche Veröffentlichung, das sage ich jetzt schon mal, weil viele Wissenschaftler*innen hier sind, die mir dann wahrscheinlich auf die Finger klopfen würden. Es ging uns darum, darzustellen, wie Antiziganismus diskutiert wird, welche Definitionen es gibt und wo dieser Begriff eigentlich herkommt. Der Begriff an sich ist ja auch schon wahnsinnig umstritten, im englischen Raum wird eigentlich immer von Antigypsyism gesprochen. Dann ist auch noch die Frage relevant, wie äußert sich Antiziganismus in unterschiedlichen Ländern. Es gibt überall Antiziganismus, der äußert sich aber zum Teil auf unterschiedlicher Art und Weise. Es gibt ja auch schon seit Jahrzehnten eine Bewegung dagegen, die wird vielleicht in der Mehrheitsgesellschaft nicht wahrgenommen, aber das wollten wir auch mal anerkennen, dass es diesen wahnsinnig wichtigen Kampf gibt. Wenn Sie mögen, lesen Sie diese Publikation mit Wohlwollen und wir freuen uns über Rückmeldungen, auch über Anmerkungen, auch über eventuelle Zusätze, weil wir diese Arbeit gerne weiterführen wollen.

Ich will nochmal kurz zwei Punkte ansprechen, die auch schon in der Debatte eine Rolle gespielt haben. Das erste ist die Frage, wie wir dieses Thema

Antiziganismus eigentlich auch in die institutionelle Bildung der Mehrheitsgesellschaft aufnehmen können? Da muss von europäischer Ebene, aber auch sehr stark von nationaler und auch von Länderebene einfach viel mehr passieren. Sandra Selimović hatte das angesprochen, in der Schule sind wir mit dem Thema im Grunde genommen überhaupt nicht in Berührung gekommen.

Ein zweiter Punkt, den ich sehr, sehr wichtig finde, dass es eine finanzielle Förderung auch von hauptamtlichen Strukturen in diesen Bereichen gibt. So eine Arbeit ehrenamtlich langfristig zu organisieren ist einfach unmöglich, würde ich jetzt mal sagen. Ich weiß, das gibt es trotzdem, aber diese Menschen, die das ehrenamtlich stemmen, das ist wirklich ein Ding der Unmöglichkeit. Wir brauchen diese Fördermittel und wir brauchen die auch wieder in der nächsten Förderperiode, die jetzt auf uns zukommt. Ich gebe jetzt sehr gerne die Bühne an meine Mitdiskutant*innen ab, die wahrscheinlich sehr spannende Dinge genau auch dazu sagen werden. Ganz vielen Dank.

Margarete Bause:

Herzlichen Dank, Terry. Herr Ivanov kann an Deinen Beitrag sicherlich anschließen. Wir haben gestern im Vorgespräch über institutionelle Diskriminierung gesprochen und deswegen direkt die Überleitung an Sie.

Georgi Ivanov:

Erstmal guten Abend auch meinerseits und vielen Dank für die Einladung. Ich finde das auch sehr begrüßenswert, dass wir hier sein können und darüber sprechen und das Thema auch hier im Bundestag ankommt. Wenn man über Strategien zur Bekämpfung von Antiziganismus spricht, dann fallen natürlich jedem sofort die EU-Rahmenbedingungen für die nationalen Strategien für die soziale Eingliederung von Roma ein. In einer Mitteilung der Europäischen Kommission über die Umsetzung dieses EU-Rahmens Ende Juni 2016 hat die Kommission nochmal ausdrücklich alle Mitgliedsstaaten aufgefordert, sich dieses Themas explizit anzunehmen. Die Europäische Kommission nennt auch ein paar Kernmaßnahmen in dieser Empfehlung. Es gibt auch den jährlichen Bericht

der Regierung über den Fortschritt bei der Umsetzung der EU-Rahmen von nationalen Strategien zur Integration der Roma. Die Frage ist natürlich, ob manche Maßnahmen in diesem Bericht auch dort richtig sind, aber das ist eine andere Frage.

Die Bundesregierung hat ausdrücklich keine Strategie zur Eingliederung der Sinti und Roma, sondern es wird eine Liste vorgelegt mit existierenden Instrumenten auf lokaler Ebene, d.h. es werden Maßnahmen gesammelt, die es gibt, auch Maßnahmen aus dem Berliner Aktionsplan für die Einbeziehung ausländischer Roma. Da erkennen wir auch Maßnahmen, die wir umsetzen als Träger. Wir sind natürlich überhaupt froh, dass solche Maßnahmen auch in der Bundesregierung bekannt sind, aber natürlich fragen wir auch uns, angesichts der Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen und der Arbeit, die wir leisten müssen, welchen Beitrag die Bundesregierung dazu leistet? Insbesondere wenn die Bundesregierung auch diese Maßnahmen als Ergebnis bei der EU-Kommission vorlegt.

Es gibt auch ein Monitoring der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der integrierten Maßnahmenpakete für Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland. Dieses Monitoring der Zivilgesellschaft über Deutschland wurde für die Jahre 2012 und 2013 gemacht, an dem auch unser Bundesverband und wir als Landesverband uns beteiligt haben. Laut diesem Bericht ist festzustellen, dass es auch in Deutschland keine Organisationseinheit gibt, die diese Strategie oder die Eingliederungsprogramme auf Bundesebene evaluiert, steuert etc. Wir haben ja die nationale Kontaktstelle, die beim Bundesministerium für Inneres angesiedelt ist, die aber laut dem Monitoring keinerlei zusätzliche Ressourcen bekommen hat. Das betrifft sowohl Sachkosten als auch Personalkosten. Die Kontaktstelle darf außerdem eigentlich über keine Entscheidungen verfügen. Da stellt sich natürlich die Frage, ob diese Einrichtung der nationalen Kontaktstelle eher einem formalen Akt gleichkommt und weniger als ernsthafter Versuch zu wirklichem Monitoring und echter Koordination angesehen werden kann.

Amaro Foro e.V. in Berlin dokumentiert seit 2014 systematisch antiziganistische und diskriminierende Vorfälle in allen Bereichen. Wir geben jährlich eine Auswertung aus, die findet man auch auf unserer Homepage. Und diese Dokumentation, diese Auswertung der gesammelten, der gemeldeten Vorfälle zeigt nochmal, dass Antiziganismus weitgehend gesellschaftlich toleriert wird. Claudia Roth hat schon die Studie „Die enthemmte Mitte“ über autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland von 2016 erwähnt, wonach über fünfzig Prozent der Befragten der Aussage „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“ zustimmen. Solche Einstellungen werden auf diskursiver Ebene sowohl medial als auch politisch befördert, so dass der Sensibilisierungsgrad immer noch sehr, sehr gering ist.

Die Förderung des strukturellen Antiziganismus auf politischer und medialer Ebene ist mir ein besonderes Anliegen. Es werden sehr oft diskriminierende Maßnahmen auf lokaler sowie Länder- und Bundesebene verabschiedet, die den Zugang zu sozialen Rechten und die gesellschaftliche Teilhabe deutlich erschweren. Im Jahr 2016 wurden beispielsweise rechtliche Maßnahmen erlassen bzw. umgesetzt, die zum weiteren Abbau der sozialrechtlichen Gleichstellung von Unionsbürger*innen im Vergleich zu Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft beitragen und zu einer Erweiterung der strukturellen Hindernisse führen. So wurde die Ausübung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die zu den vier Grundfreiheiten der Europäischen Union gehört, im Zusammenhang mit der Zuwanderung von rumänischen und bulgarischen Staatsbürger*innen erneut auf politischer und medialer Ebene unter Generalbetrugsverdacht gestellt, beispielsweise die Änderungen im Bereich SGB II und XII. Laut einer Stellungnahme der Neuen Richtervereinigung, Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e.V., vom Jahr 2017 verstoßen diese Änderungen gegen das Unionsrecht und gegen das Grundgesetz und richten sich gegen „Roma aus Rumänien und Bulgarien, deren Anwesenheit in unreflektierter Tradition als besonderes Unerwünscht gilt“.

Immer wieder kündigen Vertreter*innen der Bundesregierung Maßnahmen an, die einen unterschwelligen Antiziganismus vermuten lassen. Das gilt auch für die medialen Debatten über Zuwanderung aus Südosteuropa. Hier möchte ich hinzufügen, dass Südosteuropa meiner Wahrnehmung nach inzwischen als Synonym für Roma-Zuwanderung verwendet wird, was zweifellos als antiziganistisch zu betrachten ist. Gleichzeitig werden aber andere relevanten Fakten von den Medien nicht richtig dargestellt, beispielsweise dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bulgarischer und rumänischer Staatsbürger*innen deutlich gewachsen ist in Bezug zu der Debatte zum Kindergeld. Wir dokumentieren nicht nur Vorfälle, sondern wir machen auch ein Medien-Monitoring. Das geht natürlich an viele Journalisten, die sich zum Teil dann auch beleidigt fühlen. Es gibt dafür ein paar Beispiele, die die Zeit sprengen würden. Erst 2018 machte der Duisburger Oberbürgermeister mit folgendem Zitat Schlagzeilen: Wir haben derzeit rund 19.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Duisburg, Sinti und Roma. Solche Aussagen verstoßen nicht nur gegen das Gleichbehandlungsverbot der EU-Verordnungen, insbesondere über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, sondern schafft die Bedingungen für eine weitere diskriminierende behördliche Praxis gegenüber Menschen aus bestimmten Ländern und unter anderem gegen Menschen, die als Roma wahrgenommen werden.

Wenn wir über Antiziganismus reden, ist es auch wichtig zu sagen, dass auch Nicht-Roma, die als Roma wahrgenommen werden, von Antiziganismus betroffen sein können. Es wird viel darüber geredet, dass Sensibilisierungsmaßnahmen fehlen und das stimmt auch so. Inzwischen aber ist auch die Frage, ob es überhaupt geeignete Sanktionsinstrumente gibt? Es gibt enorme Lücken in der Gesetzgebung zum Antidiskriminierungs- und vor allem in dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Die Bestimmungen des AGG gelten nur für das Zivilrecht und Arbeitsrecht, aber nicht für staatliches Handeln und nicht für öffentliche Bildung. Deswegen sind wir sehr froh überhaupt, dass Berlin gerade auf dem Weg ist, ein eigenes Landesantidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, das auch staatliches Handeln berücksichtigt. Es bleibt aber

bedenklich, dass so eine Entscheidung und damit so ein Bekenntnis den Bundesländern überlassen ist und nicht zentralisiert von der Bundesregierung verabschiedet wird. Viele Bundesländer bzw. Städte bekennen sich ja schon gegen jegliche Formen von Diskriminierung und Rassismus und Antiziganismus, nichts desto trotz werden aber weiterhin stigmatisierende Maßnahmen entwickelt und umgesetzt.

Wenn man über Integration, oder überhaupt von Einbeziehung von Roma spricht, wird oft über soziale Integration gesprochen und weniger die Bekämpfung des Phänomens Antiziganismus in den Vordergrund gestellt. Antiziganismus ist aber eigentlich der Hauptgrund für die danach folgenden Auswirkungen. Nichts desto trotz sind soziale Maßnahmen natürlich wichtig. Damit wir Antiziganismus überhaupt bekämpfen und Strategien entwickeln können, müssen das Problem und das Phänomen erstmal ernsthaft in der Bundesregierung ankommen. Es heißt ja immer noch, es gibt in Deutschland keinen Antiziganismus.

Margarete Bause:

Vielen herzlichen Dank. Herr Strauß, was können Sie uns positives berichten aus Baden-Württemberg bezüglich des Staatsvertrags? Welche strukturellen, institutionellen Möglichkeiten ergeben sich daraus und wie muss es weitergehen?

Daniel Strauß:

Damit bin ich für das Positive zuständig. Das ist doch nicht schlecht. Zunächst bin ich erstmal beeindruckt über die Aufnahmefähigkeit von den Betroffenen und Beteiligten zu dem Thema. Wir reden noch relativ abstrakt über Antiziganismus und wir versuchen vielleicht auch Gegenmaßnahmen zu formulieren, aber manchmal stelle ich mir die Frage: Von was reden wir hier eigentlich? Antiziganismus ist das Tödlichste, was es für die nationalen Minderheiten der Sinti und Roma in Europa gegeben hat. Antiziganismus hat über hunderte von Jahren die gleichberechtigte Teilhabe verhindert, Antiziganismus hat in Rumänien dreihundert Jahre die Roma versklavt, buchstäblich, die Kinder, die Eltern, sie sind gekauft und verkauft worden.

Wir haben 500.000 Menschen im Völkermord verloren in unserem Land.

Wir reden heute über die gesellschaftliche Situation und wie schwierig es nach wie vor ist, Gegenstrategien auf politischer und staatlicher Ebenen zu entwickeln. Wesentlicher Bestandteil ist sowohl die Anerkennung des Völkermordes, das ist die eine Seite, aber auch für die Anerkennung des gesellschaftlichen Antiziganismus. Ohne die Anerkennung des gesellschaftlichen Antiziganismus werden wir die Problematik nicht verändern. Was wir brauchen – und da haben wir in Baden-Württemberg mit dem Staatsvertrag einen wichtigen Anfang gemacht – ist zum einen die wissenschaftliche Erforschung und Dokumentation des gesellschaftlichen Antiziganismus. Nicht in einer Einrichtung der Minderheit, sondern an einer Universität, wie zum Beispiel Heidelberg. Antiziganismus ist ein Problem der Mehrheitsgesellschaft. Wenn sie sich selbst davon kein Bild macht, wenn sie es nicht erforscht und dokumentiert, bleibt die Bekämpfung ein Anspruch, den die Minderheit hat, eine Opferorganisation unter Umständen. Wir haben es im letzten Jahr realisieren können, dass es diese Einrichtung gibt, die erstmals in Deutschland und in Europa sich diesem Thema strukturell widmet. Würden wir das in anderen Ländern haben, zum Beispiel in anderen europäischen Ländern wie Mazedonien, Kosovo oder Rumänien, würde man auch die Verfolgungssituation viel besser nachweisen können, dass es tatsächlich auch am Antiziganismus liegt, dass viele Menschen ihre Heimat verlassen müssen, um in einem anderen Land, in dem der Antiziganismus nicht so „tödlich“ ist, wie das zum Beispiel in Deutschland dann ist, unterzukommen. In der Ukraine oder in Rumänien oder in Mazedonien oder im Kosovo ist es potentiell tödlich.

Eine weitere wichtige Facette, die uns in den letzten fünf Jahren durch den Staatsvertrag gelungen ist, ist die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Vertretungen mit den Selbstorganisationen auf Augenhöhe in Baden-Württemberg. Ich will es am Beispiel Bildung deutlich machen. Wir haben einen Minderheitenrat, der zwölf Sitze hat, angesiedelt im Staatsministerium. Die Staatssekretärin koordiniert diesen Minderheitenrat. Die zwölf Sitze

sind gleichberechtigt. Sechs Sitze von Seiten des Landes, jeweils drei für Vertreter aus den betroffenen Ministerien sowie zwei Sitze für die Vertreter der größten politischen Parteien und ein Sitz für einen kommunalen Spitzenverband. Auf der anderen Seite sind sechs Sitze für Sinti und Roma aus verschiedenen Organisationen, mit verschiedenen Hintergründen. Gemeinsam setzt man sich gewisse Themen, um auf Augenhöhe die Problematik zu besprechen. Beispielsweise im Bereich Bildung. Da spielt sowohl Antiziganismus eine Rolle, aber es spielen auch Defizite bei der Beschulung von Sinti und Roma eine Rolle. Wir haben dann gesagt, das Kultusministerium soll doch mal einen Vorschlag machen, wie es diese strukturellen Behinderungen und Verhinderungen auffangen will. Da gab es dann das erste Mal eine Augenhöhe. Nicht die Minderheit geht zur Mehrheitsgesellschaft, sondern andersrum. Man sitzt an einem Tisch. Wir haben dann ein Curriculum festgelegt, das jetzt in diesem Jahr greift, in dem das Thema Antiziganismus, aber auch Kulturidentität der Sinti und Roma, ein Thema im Unterricht wird. Der Staatsvertrag selbst wird ein Thema sein als auch die kulturellen Leistungen der Minderheiten. Wir werden sowohl explizit als implizit auf die nationale Minderheit in Baden-Württemberg, die die einzige anerkannte in Baden-Württemberg ist, hinweisen. D.h. wir haben geeignete Unterrichtsmaterialien gesichtet, geordnet und empfohlen. Wir haben eine zentrale Lehrerfortbildung, die jetzt im November anläuft. Wir haben Strukturen für die Lehrerausbildung und Fortbildung geschaffen. In Baden-Württemberg wird kein Lehrer mehr ausgebildet, der sich nicht mit dem Thema Sinti und Roma und Antiziganismus beschäftigt. Wir hatten beispielsweise auch eine Diskussion zum Film „Nellys Abenteuer“. Da gab es ja sehr unterschiedliche Auffassungen und Gespräche, aber in unserem Staatsvertrag ist beispielsweise festgehalten, dass geeignete Materialien keine Vorurteile schüren dürfen. Darauf wurde in dem Fall geachtet. Wir haben auch bei der Bildungsförderung von Sinti und Roma Wert darauf gelegt, dass wir zunächst einmal erkennen, dass die Bildungssituation durchaus auch defizitär ist.

Sich mit diesem Thema auseinander zu setzen, ist durchaus schwer, weil es diese Vorurteile gibt: Die

sind ungebildet, bildungsfern, man kann sie gar nicht ausbilden. Es ist eine Problematik in unserem Land – und das ist das Spezifische an den Deutschen Sinti und Roma –, dass 90 Prozent der Menschen den Völkermord im 2. Weltkrieg nicht überlebt haben. Die 10 Prozent die überlebt haben, waren kräftige und junge Menschen und Jugendliche, die während des dritten Reichs vom Schulverbot betroffen waren. Das heißt, man hat damit auch eine Generation von Analphabeten in Deutschland produziert. Die nächste Generation hat etwa die Hälfte ihrer Kinder gar nicht zur Schule geschickt, weil die gleichen Lehrer, die gleichen Materialien, das gleiche Personal, das die Eltern damals ausgeschult hat, immer noch da waren. Die andere Hälfte hat ihre Kinder trotzdem geschickt. Ich bin froh, dass mein Vater als Auschwitz-Überlebender darauf geachtet hat, dass seine Kinder in die Schule gehen. In der nächsten Generation, das heißt diejenigen, die 2011 vierzehn bis fünfzehn Jahre alt waren, gab es immer noch 13 Prozent, die nie eine Schule besucht haben.

Die Situation insgesamt ist prekär. 81 Prozent haben Diskriminierungserfahrung, 53 Prozent haben Angst bei Behördenbesuchen, 45 Prozent konnten im Jahr 2011 keine Hausaufgabenhilfe bekommen. 18,8 Prozent haben nur eine Berufsausbildung absolviert. 11,5 Prozent besuchen eine Realschule. Über zehn Prozent besuchen eine Förderschule. Das sind doppelt so viele im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft. Nur zwei bis drei Prozent besuchen ein Gymnasium. Seit Generationen werden einer ganzen Personengruppe, die seit langer Zeit in unserem Land ansässig ist, soziale Chancen vorenthalten und eine gesellschaftliche Integration verunmöglicht. Deswegen müssen wir wirklich jetzt Strukturen schaffen, um eine nächste Generation vor dieser Bildungsferne zu retten. Wir brauchen eine Generation, die unterstützt wird, damit eine gleichberechtigte Teilhabe gewährleistet werden kann.

Dazu sind zwei Dinge wichtig, die beide heute schon angesprochen wurden: Wir brauchen zum einen Förderinstrumente, die speziell die Bildungssituation verbessern. Dafür brauchen wir ei-

nen Bildungsfonds, der unabhängig und überparteilich ist. Einen Bildungsfonds, der für alle Sinti und Roma in Deutschland zugänglich ist, die von Antiziganismus betroffen sind. Und zwar solange, bis eine Ausbildung und auch eine berufliche Qualifizierung möglich ist. Die Hildegard-Lagrenne-Stiftung ist eine dieser Einrichtungen, die von der Minderheit selbst gegründet wurde mit dem Ziel, die Bildungssituation zu verbessern.

Zweitens brauchen wir ein Umdenken. Deswegen ist es wichtig, dass wir ein nationales Museum der Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland haben. Und ich meine nicht ein Museum in der Trägerschaft der Minderheit selbst. Wir haben ein Museum in Mannheim von RomnoKher und ein hervorragendes Museum in Heidelberg. Wir haben an verschiedenen anderen Stellen ähnliche Einrichtungen. Nein, wir brauchen ein Museum der Bundesrepublik Deutschland. So wie wir ein jüdisches Museum haben, ein historisches jüdisches Museum. 600 Jahre der Sinti und Roma gehören zur Geschichte Deutschlands. Ein Umdenken ist notwendig, sonst kriegen wir den Antiziganismus nicht nur nicht in den Griff, sondern wir verlieren. Chemnitz lässt grüßen.

Margarete Bause:

Herzlichen Dank für diese eindringlichen, aber auch Mut machenden Perspektiven, die Sie geschildert haben. Frau Ehmann, Sie sind vierzig Jahre im Bereich der Bildungsarbeit, Gedenkstättenarbeit, Aufklärungsarbeit unterwegs. Was können Sie uns mitgeben zur Bekämpfung des Antiziganismus?

Annegret Ehmann:

Über lange Zeit habe ich auch sehr viele negative Erfahrungen mit diesem Thema gemacht – vor allem in der Gedenkstättenarbeit. Es hat sehr lange gedauert, bis man sich dem Thema der Sinti und Roma als Opfer der NS-Genozid-Politik geöffnet hat. Dafür war besonders die sogenannte Hierarchisierung der Opfer durch die dogmatische These der Einzigartigkeit und Nichtvergleichbarkeit des Holocaust bzw. der Shoa kennzeichnend. Einzigartigkeit ist aber keine historische, analytische Kategorie, sondern es ist eine politische Interpretation.

In meiner Arbeit habe ich deswegen immer wieder Widerstände erlebt. Mir wurde gesagt, die anderen Opfer der NS-Massenmorde – insbesondere die Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma – dürfe man nicht vergleichend mit dem Holocaust an den Juden behandeln.

In meiner Tätigkeit als Lehrerin habe ich auch bemerkt, dass die Schulbücher entweder nichts oder nur einen Halbsatz zur Geschichte der Sinti und Roma enthielten. In den Curricula ist das Thema nicht verpflichtend. Lehrer konnten und können noch immer vermeiden, dieses Thema zu behandeln.

Zur großen Holocaust-Konferenz in Stockholm, im Jahr 2000, z. B. gab es auch eine klare Abgrenzung: Fürsprecher der Anerkennung der Sinti und Roma wie Henry Friedlander und Sybil Milton waren nicht eingeladen. In unserer gerade jetzt wieder als „jüdisch-christlich“ bezeichneter Kultur setzt man sich in Forschung und Vermittlung vor allem mit der Kultur und Verfolgung der Juden auseinander. Dabei wird überhaupt nicht wahrgenommen, dass die ermordeten Sinti und Roma überwiegend Christen waren und sind.

Inzwischen hat sich vor allem durch die aktive Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma seit den 1980er-Jahren einiges getan. Die offizielle Anerkennung der Sinti und Roma als Opfer des NS-Völkermordes geschah 1982 durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Erst 2011 wurde jedoch erstmals ein Sinto, Zoni Weiss, am Gedenktag der Befreiung von Auschwitz für eine Rede vor dem Deutschen Bundestag eingeladen. 2012 wurde nach jahrelangen entwürdigenden Debatten in Berlin das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma eröffnet. Auch die Beispiele der Förderung der Arbeit der Sinti und Roma in Baden-Württemberg sind ermutigend.

Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass es weiterhin Defizite gibt. Beispielsweise hat sich das Georg-Eckart-Institut für Schulbuchuntersuchung bislang nicht besonders für diese Thematik engagiert. Es existieren einzelne Themenhefte, aber diese sind nicht wirklich integriert in die Curricula und in die Schulbücher. Es werden nach Vorfällen der Diskriminierung von Sinti/Roma auch oft

„Schulungen“ gefordert. Aber in Schulungen, ein wirklich zu verwerfender Begriff, wird gepredigt und keine eigenständige und diskursive Auseinandersetzung mit der Thematik gefördert.

Oft genug wird auch in Ausstellungen – ich denke da an eine Ausstellung der Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (EVZ) – die gesamte Verfolgungsgeschichte mit allen negativen Texten und Bildern der Diskriminierungen vorgeführt. Damit vermittelt man den Betrachtern als erstes den Blick der „Hassenden“. Es wäre richtiger, die Menschen und das Leben dieser Minderheit unvoreingenommen und ohne Vorurteile zu zeigen als Menschen in ihren Bedürfnissen, als Menschen wie du und ich, die man kennenlernen möchte. Deswegen plädiere ich dafür, gerade auf der pädagogischen Ebene nicht mit den Schilderungen von Auschwitz zu beginnen, sondern ganz früh in der Kita und in der Grundschule Menschenrechtsbildung, Empathie und Perspektivenwechsel durch praktische Erfahrungen zu fördern. Das sind die wichtigsten Kompetenzen, auf die aufbauend historisches Wissen im Verlauf der Schule erworben wird. „Schulungen“ sind immer Zwangsveranstaltungen. Nach diskriminierenden und antisemitischen Vorfällen wird oft der verpflichtende Besuch von KZ-Gedenkstätten gefordert. Doch eine zweistündige Führung in Gruppen durch Ausstellungen mit grausigen Bildern und Filmen sind methodisch und pädagogisch fragwürdig und auch nicht nachhaltig wirksam.

Margarete Bause:

Herzlichen Dank Frau Ehmann. Bildung und vor allem Menschenrechtsbildung ist, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiges Stichwort. Herr Franz, Ihnen geht es ganz besonders um die Situation der Sinti*ze als eigenständige Gruppe. Jetzt hatten wir vorhin auch die Diskussion, ob man eigentlich die verschiedensten Gruppen erst mal definieren muss. Wie gehen Sie damit um? Können wir Bündnisse schmieden, uns unterstützen und solidarisieren? Welche geeigneten und strukturellen Maßnahmen fallen Ihnen ein, die Situation der Sinti*ze im Blick habend, um Antiziganismus zu bekämpfen?

Mario Franz:

Es sind grundlegende Fragen zu beantworten. Ich freue mich darüber, dass das hier schon ein, zweimal angesprochen worden ist, insbesondere die Macht von etablierten Begriffsbestimmungen, wie das Wort Antiziganismus, das ich persönlich ablehne. Ich benutze Zigan-Projektionismus, aber die Begründung möchte ich hier nicht unbedingt weiter ausbreiten. Die Antwort auf Ihre Frage kann ich Ihnen geben, weil ich seit vielen Jahren mich nicht nur damit beschäftige, sondern auch wie Romeo Franz und Herr Strauß in Europa unterwegs bin, solange bis mir – weil ich es ehrenamtlich mache – die finanziellen Mittel ausgegangen sind. Jetzt mache ich das über Facebook und WhatsApp, das funktioniert auch ganz gut. Wir arbeiten seit 1 ½ Jahren gemeinsam mit sehr vielen Sinti aus Europa. Ich wusste vorher gar nicht, muss ich zugeben, dass es sehr viele Sinti im ehemaligen Ostblock gibt. Ich wusste, dass es viele Sinti in Italien, Spanien, Frankreich gibt, aber ich wusste nicht, dass es in Rumänien usw. Sinti gibt. Ich habe da sehr viele kontaktiert und mich verwundert doch sehr, obwohl dort sehr viel Zigan-Projektionismus vonstattengeht, das ja meistens einher geht mit Rassismus, also gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, dass die Sinti selber den größten innerlichen Druck auf ihre Identität verspüren. Mehr noch als den Druck, den sie schon seit Hunderten von Jahren kennen, den wir hier Antiziganismus nennen. Und deswegen, um das jetzt hier nicht zu sehr in die Länge zu ziehen, möchte ich lieber hier etwas vorlesen.

Sinti, Manouches, Cales, Roma, also alle Prä-indo diasporischen Gemeinschaften, Ethnien usw. stellen gemeinsam eine Art Neo-Indo-Europäische Gruppe dar. Die Sinti als auch die Roma sind sich gegenseitig wertvolle verbündete Partner und für den gemeinsamen Weg unersetzbar. Ihre gemeinsame Solidarität ist für Sinti als auch für Roma-Gruppen unverzichtbarer Bestandteil ihrer Existenz und dennoch ist Solidarität nicht gleich bedeutend mit homogener Identität. Das muss es auch nicht. Denn was bisher von Sinti als auch von Roma nie wirklich nach außen getragen wurde, und deshalb der Mehrheitsbevölkerung auch kaum bekannt ist, ist die Tatsache, dass die Ethnie der Roma sich nie

als Sinti verstanden hat und versteht und ebenso wenig hat sich die Ethnie der Sinti jemals als Roma verstanden und tut es auch heute nicht. Das ist eine Tatsache, die nicht so einfach von der Hand zu weisen ist. Um das zu erklären, bedarf es zumindest an dieser Stelle keine wissenschaftlichen Abhandlungen von prähistorischen Begebenheiten oder Expertisen. Es ist nur eine vernünftige Aufklärung mit einer Hand voll Fakten vonnöten. Die Realität in puncto Sinti ist für interessierte Außenstehende nur sehr schwer zu erkennen. Es stehen ihnen zum einem meist nur Dokumente und Aussagen zur Verfügung, die aus der Mehrheitsgesellschaft dominiert sind oder den politischen Förderungswillen entsprechend aufgehübscht wurden. Es gibt also Defizite in der Aufklärung. Warum dieses Thema erst jetzt an die Öffentlichkeit getragen wird, hat mehrere Gründe. Unter anderem trägt dazu auch ein geschichtlich geprägter Aspekt der Sinti bei. Durch die Jahrhunderte der Angst vor Verfolgung und Repressalien und die andauernde Erfahrung von Missinterpretationen sowie mangelndes Interesse seitens der Mehrheitsbevölkerung an den Belangen der Sinti hat sich eine tiefe Abneigung entwickelt, öffentlich in Erscheinung zu treten, sowie ein beinahe vererbter Unglaube an einen ehrlichen Beistandswillen der Mehrheitsbevölkerung in das Bewusstsein der Sinti eingeprägt. Dies führt zu Defensivität und Abkapselung, was wiederum unter vielem anderen, ein Anonymitätsstreben vieler Sinti und eine Unerfahrenheit und große Scheu, sich in der Öffentlichkeit zu behaupten, mit sich bringt. Der angestaute Druck durch den fortlaufenden Souveränitätsverlust als eigenständige Ethnie hat zur Folge, dass sich zumindest die Sinti aktuell immer mehr von ihren politischen Vertretern distanzieren und sich in zum Teil sehr großen internen Versammlungen dieses Themas annehmen.

Den Überbegriff Roma für Sinti zu verwenden, empfinden sehr viele Sinti als Bezeichnungsdiktatur, da diese Begrifflichkeiten undemokratisch zustande gekommen sind. Das haben Umfragen und Abstimmungen bei Sinti-internen Versammlungen mit zum Teil über 200 Teilnehmern in den verschiedensten deutschen Städten ergeben, denen ich persönlich beigewohnt habe. Autonom in ihrer jeweiligen Kultur, Sprache und Selbstverständnis,

fühlt sich die Mehrzahl der Sinti als auch Roma durch den Austausch des Sammelbegriffs Zigeuner zum Sammelbegriff Sinti und Roma heutzutage nur diffus in der Öffentlichkeit wahrgenommen. In Deutschland wurde die Bezeichnung Sinti und Roma, wenn auch falsch interpretiert, jedoch zumindest als Wortpaar verwendet. Im restlichen Europa tauchen Sinti durch ihre kleine Anzahl eher selten als Begriff auf und werden gar nicht als Selbstständige angesehen oder wahrgenommen. Aber auch hier in Deutschland, der eigentlichen Heimat der meisten Sinti, wird es immer mehr zur Mode in den Medien sowie in der Politik die Sinti mit der Bezeichnung und Historie der Roma abzudecken. Mit der paradoxen Behauptung, im Deutschen sind die Begriffe Sinti und Roma als Wortpaar zu verwenden. Indem man den Sinti den Überbegriff Roma diktiert, diktiert man sie zu einer Minderheit in einer Minderheit, zur absoluten Mehrheit. Dennoch verstehen sie sich selbst eben nicht als Roma. Sie verstehen aber, dass der Druck auf die Existenz ihrer eigenen Identität ein nie dagewesenes Ausmaß angenommen hat. Unterm Strich haben die deutschen Sinti Jahrhunderte dafür gebraucht, sich in einer mehrheitlichen Dominanzgesellschaft und unter dem Zigeunersiegel als Sinti zu behaupten und haben dafür, wie man weiß, nicht gerade selten und nicht nur mit ihrem Leben bezahlt. Das alles, um in der Überschattung einer Mehrheitsgesellschaft als eigene Ethnie trotz beinahe vollständiger Ausrottung und vom Aussterben bedroht, existieren zu können. Die Verwendung des Wortpaares erzeugt einen Doppeldruck, den die Sinti in ihrem durch die NS-Zeit verursachten desolaten Zustand in Bezug auf Kultur, Sprache und Identität, nicht mehr viel entgegenzusetzen haben, meine Damen und Herren. Es käme der Vollendung der sogenannten Endlösung gleich, denn was der versuchte Genozid an den Sinti nicht ganz geschafft hat, nämlich die biologische, wie geschichtliche Auslöschung, eben auch der Sinti, vollbringt der nach außen kaum wahrnehmbare Identozid in Form einer brachialen Handhabe einer Begriffsdiktatur. Dies sollte man nicht aus den Augen verlieren, wenn man dazu übergeht, den deutschen Sinti den Überbegriff

Roma als Schirm überzustülpen, der sehr wohl einen gewissen Schutz bietet, aber auch auf lange Sicht die Sinti für die Außenwelt unsichtbar macht.

Die deutschen Sinti sind, trotz jahrhunderterlanger Ablehnung und Ausschluss seitens der Mehrheitsbevölkerung, heimatverbunden mit Deutschland und nach über sechshundert Jahren tief verwurzelter Geschichte eine urdeutsche Minderheit. Das zeigt sich unter anderem auch darin, dass selbst die Nachfahren von Sinti, die vor Jahrhunderten ins Ausland ausgewandert sind, sich heute immer noch auf Romanes als deutsche Sinti bezeichnen und zum Großteil auch deutsche Namen tragen. Die Begriffe Sinti und Roma werden in den Medien als auch in der akademischen Welt, also in allen Veröffentlichungen, als Sammelbegriff postuliert. Dies war ursprünglich weder von der Gemeinschaft der Sinti noch von der Gemeinschaft der Roma so angedacht. Wenn es um Darstellungen ausschließlich von Angehörigen der Sinti geht, und die Begriffe Sinti und Roma als Sammelbegriff benutzt wird, ist dies eine falsche Aussage und sollte revidiert werden. Genauso verhält es sich im umgekehrten Fall, wenn es um Darstellungen insgesamt um Angehörige der Roma geht. Nur wenn es konkret um beide Ethnien geht, dürfen die Begriffe Sinti und Roma als Doppelbegriff Verwendung finden, wie z.B. bei diversen Vereinigungen der Sinti und Roma. An den Stellen, an denen es tatsächlich um Sinti als auch um Roma geht, ist es selbstredend legitim. Viele Sinti fragen sich: Wie ist es möglich, das auf einem demokratischen Kontinent wie Europa der heutigen Tage einer jahrtausendalten Ethnie mit ebenso altem Kulturgut, nur aus der Tatsache heraus, dass sie eine lobbylose Minderheit darstellt, eine Bezeichnungsänderung ohne demokratischer Abstimmung diktiert wird.

Wenn man aber davon ausgeht, das sich Mehr- und Minderheit seit dieser Zeit im gesellschaftlichen Verständnis und Bildung weiterentwickelt haben, sollte sich die jeweilige Mehrheitsgesellschaft heute zumuten können, ein Verständnis dafür zu entwickeln, das die heutige Emanzipation der Sinti und Roma es verlangt, aus den von außen konstruierten Schubfach zu entspringen und sich jeweils in der Welt, als das Zeigen zu dürfen, was sie tatsächlich sind. Nämlich eigenständige

Ethnien, mit teilweise derart unterschiedlicher Kultur, Geschichte und Entwicklung, dass man sie nicht wie bisher in allen Belangen in einem Atemzug nennen und begreifen kann.

Wie gesagt, die Sinti als auch Roma sind sich gegenseitige, wertvolle Verbündete und unersetzbare Partner. Und ihre gegenseitige Solidarität ist für Sinti als auch für Roma-Gruppen unverzichtbarer Bestandteil ihrer Existenz. Man sieht, es geht hier nicht um Trennung, sondern um Aufklärung und die Klarstellung einer inhaltlich falschen Interpretation, die bei der Minderheit und Mehrheit, also innerhalb und außerhalb der Sinti, also auch innerhalb der Gemeinschaften der Roma immer wieder zu Irritationen, mit oft folgenschweren Situationen, führt – nicht nur bei Behörden. Eine fundierte und verbindliche Aufklärung an den maßgebenden Stellen ist bei diesem Thema unerlässlich. Um dieses Konzept effektiv gestalten zu können, sollte darauf geachtet werden, dass alle Beteiligten gemeinsam daran arbeiten, weil es immens wichtig ist, nach außen Solidarität zu zeigen und Trennungsinterpretationen Dritter vorzubeugen. Um dies auszuschließen, wäre es notwendig, eine Arbeitsgruppe aus kompetenten Mitgliedern zu gründen, die eine umsetzbare Agenda auszuarbeitet, an der sich alle Interessierten orientieren können. Der akademische Bereich der Mehrheitsgesellschaft sowie die aktuellen sogenannten politischen Vertreter der Sinti als auch der Roma haben dieses Thema eindeutig verschlafen. Wenn diese Art Aufklärung keinen Einzug in die Politik erhält, wird ihr die Festigkeit fehlen in der Gesellschaft anzukommen. Und deshalb bin ich froh, dass ich heute hier sein darf und das aussprechen kann.

Margarete Bause:

Herzlichen Dank, dass Sie uns dafür auch noch mal sensibilisiert haben. Das sollten wir auch als ein relevantes Thema für die Expertenkommission mitnehmen. Ich würde gerne Romeo Franz um eine Antwort bitten, wie Du mit dieser Problematik umgehst.

Romeo Franz:

Ich kann Mario darin folgen, denn wir haben es erlebt und das sage ich jetzt als normaler Bürger, als Sinto. In der Zeit der Zuwanderung aus Osteuropa, in der die Medien und auch die Politik diese Situation ethnisiert und kriminalisiert haben und dazu der Doppelbegriff Sinti und Roma genutzt wurde, wurden wir als Sinti tatsächlich plötzlich auch zu asylsuchenden Menschen. Oder zu Menschen, die zugewandert sind. Das haben wir in der Familie selbst erlebt. Ich weiß, dass viele Sinti da noch zusätzlich stigmatisiert wurden und das auch so wahrgenommen haben – und auch gesagt haben, wir sind Sinti, wir leben seit sechshundert Jahren hier, weshalb werden wir nun mit diesem Stigmata auch noch belegt? Wir haben uns Gedanken über diesen Doppelbegriff gemacht, der politisch korrekt ist, aber immer als Doppelbegriff bewertet und zusammen gesehen wird. Ich werde so zum Sinti und Roma. Ach, sind Sie Sinti und Roma? Nein, das bin ich nicht. Ich bin Sinto und mein Freund ist Rom. Ich bin also nicht Sinti und Roma und mein Freund ist auch kein Sinti und Roma. Aber so wird das oft gesehen und das erleben wir tatsächlich mehrmals die Woche und das meine ich jetzt wirklich ernst, auch im Parlament. Ja, das ist tatsächlich so.

Wir haben uns Gedanken gemacht durch meine Reisen, die ich vor zwei, drei, vier Jahren gemacht habe. Da war ich in vielen europäischen Länder von Portugal bis Rumänien über Bulgarien, auf dem Balkan, und habe mit Menschen geredet, die Roma, Cale, Manusch waren, Sinti waren, Lovara waren, Kalderascha waren usw. Ein Begriff, den jeder benutzt hat, um zu sagen, dass er der Ethnie angehört, war Me sum Romno. Diesen Satz, Me sum Romno, hat jeder verstanden oder hat jeder auch gesagt, ich bin Romno, ich gehöre dieser Kultur an. Deswegen haben wir gesagt, wir nutzen diesen Begriff: Menschen mit Romno-Hintergrund.

Die zweite Frage muss dann daran anschließen, nämlich: Woher kommst du? Zu welcher Ethnie gehörst du, zu welcher Gruppe? Mit dem Begriff „Mensch mit Romno-Hintergrund“ wurde für mich erstmal klar, um was es hier überhaupt geht und dass es mehrere Bezeichnungen gibt. Wenn ich zu den spanischen Menschen mit Romno-Hintergrund

gehe, sind das weder Roma noch Sinti, sondern Cale. Und wenn ich zu den französischen Menschen mit Romno-Hintergrund gehe, sind die weder Cale, noch Sinti, noch Roma, sondern Messa Manush. Diese Minderheit, die seit Jahrtausenden hier in Europa lebt, ist so divers und heterogen. Das hat die Mehrheitsgesellschaft nie wahrgenommen. Wenn man die Frage stellt, warum man so wenig von uns weiß, dann muss ich sagen, ihr habt euch zu wenig interessiert für uns. Ihr wolltet eure Klischees und eure Stereotypen nicht aufgeben, eure Schubladensysteme nicht neu ordnen. Wir haben oft aufgemacht und wolltet uns zeigen. Ihr kennt unsere Musik, unsere Geschichten, unsere Kunst. Wir haben versucht aufzumachen, aber ihr wolltet diese kognitive Dissonanz spüren. Ihr wolltet Bestätigung für eure Klischees, entschuldigend, das meine ich jetzt natürlich übertragen. Das ist genau das Problem: Wir haben aufgemacht, ich habe auch persönlich aufgemacht und man hat trotzdem immer verlangt von mir, den Zigeuner zu geben, auch als Musiker. Erst dann war es okay. Wenn diese Heterogenität dieser Gruppe tatsächlich erkannt wird und man sich die Mühe macht, sie kennenzulernen und wahrzunehmen, dann kommen wir dahin, was Mario gesagt hat, nämlich diese Diversität, die hier besteht, wahrzunehmen. Dann würde man das auch völlig anders wahrnehmen und dann würde man auch gut verstehen, was Mario hiermit gemeint hat.

Margarete Bause:

Vielen Dank. Das war für mich persönlich ein sehr wichtiger Einblick, den Du und Sie beide vermittelt haben. Ich würde nun kurz die Runde machen wollen und gerne auch das Publikum mit einladen in die Diskussion zum Thema Strategien im Kampf gegen Antiziganismus. Was ist auf politischer Ebene und auf gesellschaftspolitischer Ebene zu tun? Wir sind im Parlament, wir sind Abgeordnete des Bundestages und des europäischen Parlaments. Es ist für uns eine wichtige Frage, wo wir ansetzen können, um ein Stück weiterzukommen im Kampf gegen den Antiziganismus. Was ist aus Ihrer Sicht der wichtigste Schritt, der entscheidende Punkt im Kampf gegen Antiziganismus? Terry, vielleicht magst Du anfangen?

Terry Reintke

Ich würde gern doch nochmal auf diese Debatte über das Kindergeld zurückkommen. Das ist aus meiner Sicht wirklich ein zentrales Problem. Frau Jonuz hat das eben auch schon angesprochen. Es gibt so ein Phänomen, das nenne ich antiziganistisches Outsourcing, das sind Probleme, die eigentlich in der Mehrheitsgesellschaft bestehen, beispielsweise das Thema Schrottimmobilien oder eben das Kindergeld, die werden dann über dieses Outsourcing auf die Minderheit projiziert oder übertragen. Egal um welche Parteien es da geht, das ist nicht nur in rechten Parteien so, das passiert ja auch in anderen Parteien. Die Debatte um das Kindergeld ist im Sommer wieder genauso durch die Medien gegangen. Es ist eine unfassbar kleine Anzahl von Kindern, über die wir da sprechen. Über die Indizierung von Kindergeld, finde ich, kann man auch auf einer rationalen Ebene diskutieren, ob man das europapolitisch will oder nicht. Diese Debatte wurde wieder genutzt um antiziganistische Stereotype durch die gesamte Medienlandschaft zu scheuchen. Das muss einfach ganz klar so angesprochen werden. Da müsste es auch unter Politikerinnen und Politikern einen Konsens geben, dass das eigentlich nicht sein kann. Weil am Ende, egal aus welcher Richtung das kommt, gewinnen die Rechten und die, die diese Gesellschaft spalten wollen. Das wäre mir wichtig, dass wir auch noch mal in grünen Kreisen, aber auch in anderen Parteien ganz klar machen, dass das enden muss.

Margarete Bause:

Herr Ivanov, was ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Maßnahme?

Georgi Ivanov:

Ich würde mir wünschen, dass die Bundesregierung überhaupt erstmal anerkennt, dass es Antiziganismus gibt und sich auch nach außen dazu bekennt. Ein weiterer Punkt sind Konsequenzen für diese politischen Debatten, für den Populismus. Es kann nicht sein, dass Politiker sich antiziganistisch äußern und dann nichts passiert. In Bezug auf Medien kann man lange diskutieren, wo die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Zensur

ist. Gleichzeitig ist natürlich die Frage, wie Medien die Sache richtigstellen. Bei der Kindergelddebatte hieß es ja, Menschen kommen nach Deutschland, mieten eine Wohnung, melden sich an und bekommen Kindergeld für die Kinder, die im Ausland leben. Nein, das ist nicht richtig. Da muss die Politik mehr den Presserat in die Verantwortung ziehen. Der Presserat hat vor einem Jahr, glaube ich, die Bestimmungen geändert, dass ethnische Zugehörigkeit erwähnt werden darf, wenn das im öffentlichen Interesse ist. Das ist Quatsch.

Daniel Strauß:

Wir brauchen tatsächlich verbindliche Rechtsinstrumente. Wir haben in Baden-Württemberg, wie gesagt, den Staatsvertrag. Es gibt aber auch weitere Rahmenvereinbarungen, zum Beispiel Verfassungseintragungen in Schleswig-Holstein. Es ist wichtig, etwas Verbindliches auf Augenhöhe herzustellen. Das ist, glaube ich, das Grundprinzip, damit die gleichberechtigte Teilhabe mal Realität werden kann. Da werden die Ziele formuliert. Was jetzt aus meiner Sicht am dringendsten ist, um keine Generation zu verlieren, ist die Gründung eines Bildungsfonds auf Landes-, auf Bundes- und auf europäischer Ebene.

Annegret Ehmann:

Zum Stichpunkt Bildung: Wir haben auch diese Programme zur Inklusion. Inklusion muss ja nicht nur körperliche Behinderungen betreffen, d.h. die Arbeit an Schulen müsste verstärkt werden durch Schulpsychologen und durch besondere Förderlehrer und kleinere Klassen. Es ist sonst gar nicht zu bewältigen. Wir haben jetzt im Moment ein massives Problem mit fehlenden Lehrern und qualifizierten Lehrern. Da muss investiert werden und da muss ganz klar auch eine Priorität gesetzt werden für Minderheiten, die bis jetzt benachteiligt sind. Eins möchte ich auch noch sagen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass man Vorurteile mit dem Königsweg, mit der richtigen Strategie der Aufklärung beheben könnte. Es ist eine permanente Aufgabe, denn immer wieder wachsen junge Menschen nach, kommen Menschen zu uns, die die Geschichte nicht kennen, die erstmal darüber lernen müssen und lernen müssen, sich dazu zu verhalten.

Das betrifft sowohl Kinder als auch und gerade besonders Erwachsene, Eltern und Akteur*innen in der Politik.

Mario Franz:

Zum Thema Bildung kann ich meinen Vorrednern beipflichten. Allerdings gibt es auch die Problematik, dass bei speziellen Programmen für benachteiligte Minderheiten voreilige Schlüsse gezogen werden. So geschehen in Köln bei meinem Neffen, der auf eine Hilfsschule kommen sollte, nur weil er ein Sinto ist. Das konnten wir zum guten Schluss beweisen. Wir haben uns vom Niedersächsischen Verband Deutscher Sinti dagegen gewehrt und haben es auch geschafft. Der Lehrer hat es tatsächlich zugegeben, dass sein Projektionismus daran schuld gewesen ist. Mein Neffe hat ein Begabstipendium bekommen, der studiert heute Musik und ist auf einem ganz anderen Weg. Es ist ganz klar, dass wir neue Wege gehen müssen und wir dürfen auch nicht vom Maß der Mühe zurückschrecken. Wenn wir diese hoch verwurzelte Problematik nicht direkt an der Wurzel fassen und immer wieder nur von außen irgendeine Triebe abschneiden, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass diese alte giftige Pflanze jedes Mal wieder einen neuen Frühling erlebt und neue Triebe ausbilden kann. Das aktuelle Knowhow der Grundlagenforschung ist in diesem Thema so defizitär und das zur Verfügung stehende Fundament hat viele unterschiedliche große Hohlräume. Wenn wir uns darauf mit einer verantwortungsschweren und auf Umbruch gerichteten Agenda bewegen, laufen wir über jeden dritten Schritt Gefahr, folgeschwer einzubrechen oder in bereits eingebrochenen Bereiche zurück gezwungen zu werden. Es ist grundlegend wenig förderlich sich hier auf der Perfektionierung der Akrobatik zu konzentrieren, während die Bodenbeschaffenheit Unmengen an Ressourcen wie Finanzmittel, Energie, Zeit und nicht zuletzt guten Willen verschlingt. Wir hören hier immer wieder heraus, wie ich jetzt gerade auch geschildert habe, dass man immer wieder neu aufklären muss und neue Wege aufzeigen muss. Das ist das einzige, was sich wirklich lohnt. Aufklärung ist genau dort am wichtigsten, wo die Macht sitzt und das ist in der Politik. Deshalb würde ich unbedingt

dafür stimmen, dass es ein Fortbildungsprogramm für Politiker in diesem Bereich gibt.

Margarete Bause:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen von Ihnen zu wichtigen Maßnahmen und Strategien?

Gast:

Ich habe zwar keine Maßnahme, aber ich möchte darauf hinweisen, dass es auch gerade in Deutschland noch zig andere in der Gesellschaft ausgegrenzte Gruppen gibt. Es geht hier nicht nur um Sinti und Roma, sondern wir müssten eigentlich daran arbeiten, tatsächlich alle benachteiligten Gruppen zu thematisieren. Aber heute haben wir das Thema Antiziganismus.

Gast:

Ich bedanke mich, dass wir alle hier zusammen sind und das Thema in dieser Ebene richtig ansprechen können. Es war sehr interessant beide Variationen zu hören, sowohl im Panel 1 was Antiziganismus überhaupt ist und wie man ihn empfindet, als auch in Panel 2 die Strategien zu besprechen. In fünf Minuten kann man das jetzt nicht auf den Punkt bringen. Aber ich appelliere sowohl an die Minderheiten als auch an die Mehrheitsgesellschaft, dass sie ein bisschen an sich selber arbeiten, offener und toleranter werden, dass wir den einen, den anderen mehr respektieren und so akzeptieren, wie er ist. Ich bin eine Romni, ich bin eine Muslima und stelle immer wieder fest, dass ich von Antiziganismus betroffen bin. Roma erzählen aus Angst nicht, dass sie Roma sind. Die Forderung nach einem Bildungsfonds kann ich nur bestätigen. Ich glaube, das wäre die beste Variation, dass durch Bildung die Sinti und Roma gestärkt werden in ihrem Selbstbewusstsein. Ich sage nicht, dass es keinen Rassismus oder keinen Antiziganismus gibt, im Gegenteil, aber man muss mit Widerstand rechnen und ich würde mich freuen, wenn alle bereit sind, mehr an sich selber zu arbeiten. Danke.

Gast:

Ich hab eine Frage an die Politiker. Gibt es grundsätzlich eigentlich nicht die Möglichkeit bereits

verabschiedete, rassistische Gesetze nachzubessern? Ich rede jetzt nicht nur von dieser unsäglichen Drittstaatenregelung zu sicheren Herkunftsländern, sondern zum Beispiel auch vom neuen Meldegesetz. Das wird nie besprochen und das geht eindeutig gegen uns. Das ist also praktisch ein Gesetz, wonach der Vermieter jeweils eine Wohnungsgeberbescheinigung abgeben muss, wenn Leute einziehen wollen. Wenn jetzt Familien mit vielen Kindern kommen, dann blocken gerade kommunale Vermieter. Die sagen dann, dass die Wohnung überbelegt ist, dass die Familie zu viele Kinder hat, dass sie eine Sechsräumwohnung brauchen, dass sie sowas nicht in der Stadt haben, dass sie bitte weiterziehen mögen. Den Vermietern wird damit die Macht gegeben, sowohl das Schulgesetz auszuhebeln, weil die Kinder nicht angemeldet sind und so praktisch keine Schule besuchen können als auch die Sozialgesetzgebung auszuhebeln. Das kann doch eigentlich nicht im Sinne des Gesetzgebers sein. Wenn es im Sinne des Gesetzgebers ist, dann ist es entweder schlechtes Handwerk oder es ist ein rassistisches Gesetz. Das ist ein Gesetz, das uns allen sehr, sehr viele Schwierigkeiten macht.

Margarete Bause:

Herzlichen Dank. Ich übergebe nun die Moderation zurück an Filiz Polat. Vielen Dank.

Claudia Roth:

Ich habe ebenfalls eine Frage zu Akteuren, die beitragen können für eine Sichtbarkeit, Inklusion, Integration. Frau Ehmann, Sie haben ja gesagt, dass viele Angehörige der Minderheiten auch Christen sind, Muslime auch, aber sehr viele sind eben auch Christen. Ich habe schon mal mit Vertretern der Katholischen Bischofskonferenz geredet über die Kirchentage und angeregt, dass sich dort auch Angehörige und Initiativen und Projekte der Sinti und Roma vorstellen können. Bislang habe ich das noch nie gesehen. Vielleicht können Sie das beantworten, ob denn auch die Landesverbände vertreten sind oder auch, warum nicht?

Markus End:

Ich wollte mit den Forderungen noch mal grundsätzlicher werden. Mir wäre noch die konkrete historische Verantwortung wichtig. Meines Erachtens gibt es bisher sehr häufig Lippenbekenntnisse. Ich habe mir die Diskussion um die sicheren Herkunftstaaten in einer Feinanalyse angeschaut. Da haben alle Redner*innen von einer historischen Verantwortung gesprochen, von Linkspartei bis CDU; und niemand hat gesagt, dass die Eltern und Großeltern der Menschen, die da fliehen, von der Eltern- und Großelterngeneration der Menschen, die da abstimmen, ermordet wurden. Das ist eine ganz konkrete historische Verantwortung. Wenn man sich wirklich mal überlegt, was müsste das heißen? Das müsste Bleiberecht für alle Angehörigen der Minderheit in Deutschland heißen. Das müsste heißen, die rassistischen Polizeigesetze aus der BRD, die eine Fortführung der NS-Polizeigesetze waren, aufzuarbeiten, die bis heute Auswirkungen haben. Das müsste heißen, sich die Sozialarbeit anzuschauen, die in den 1960er, 1970er-Jahren begann: zum Beispiel, dass die Katholische Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen, die ja hier anwesend ist, sich fragt, warum sie die einzige anwesende Organisation ist, die seit fünfzig Jahren in der Beratung der Politik in diesem Bereich tätig ist und beschließt, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten, die nicht nur eine glorreiche war. Das müsste heißen, dass die Wissenschaft sich tatsächlich grundsätzlich hinterfragt und zuletzt, dass die Kommunalpolitik sich anschaut, was haben wir in den 1950er-, 1960er-Jahren gemacht? Herr Widmann, der ja anwesend ist, hat dazu eine hervorragende Studie gemacht. Ähnliche Ausgrenzungsmechanismen wiederholten sich in den 2010er-Jahren, würde ich sagen. Das heißt, wenn man es wirklich ernst meint, dann müsste man ganz anders rangehen und nicht immer nur diese Gedenkreden und Grußworte halten.

Gast:

Mein Name ist S. Ich bin ein Rom, komme aus Mazedonien und seit einiger Zeit lebe ich in Deutschland, in Sachsen. Ich bin in einem Projekt, das sich Roma-Respekt nennt. Das ist ein Projekt, das ins Leben gerufen wurde von Weiterdenken. Weiterdenken ist eine Tochter-Stiftung der Heinrich-

Böll-Stiftung. Ich freue mich, dass da heute so viele Menschen eingeladen wurden. Ich möchte gerne über unsere Arbeit sprechen. In der ganzen Zeit wurde debattiert, wie wichtig Bildung ist, dass unsere Kinder gut ausgebildet werden. Das wird aber nicht reichen. Ich denke, dass die zukünftigen Lehrer in Deutschland genauso gut ausgebildet werden müssen, damit es dann auch eine harmonische Zusammenarbeit gibt. Und das tun wir dann auch in Dresden. In der Technischen Universität Dresden bieten wir auch die Möglichkeit fakultativ Seminare zu belegen, für diejenigen, die Interesse haben an der Geschichte von Sinti und Roma. Das war ein sehr wichtiger Schritt. Das kann uns nicht zufrieden stellen, dass zukünftige Lehrer überhaupt keine Ahnung haben, wer wir sind, wer die Sinti und Roma sind, woher wir stammen oder wie lange wir hier leben. Das ist sehr wichtig, wir haben gemerkt, dass da viele zukünftige Lehrer, Akademiker, überhaupt keine Ahnung haben, wer die Sinti und Roma sind. Daraus ergab sich auch, dass manche ihre Masterarbeit darüber geschrieben haben. Das ist auch sehr wichtig. Es ist auch sehr wichtig, Menschen zu stimulieren, über uns zu berichten, über unsere politische Tätigkeit, über unsere Kultur, die sehr vielfältig ist. Das ist etwas, das allgemein in Deutschland sehr fehlt. Danke schön.

Gast:

Guten Tag. Ich bin ein Rom, ich komme aus Köln und ich lebe hier in Deutschland seit mehr als dreißig Jahren. Meine Tochter ist auch hier geboren. Ich bin schon mehrere Jahre tätig als eine Art Schulmediator im Rahmen eines pädagogischen Projekts in Rom e.V. und ich bin involviert in der AG einer Roma-Bibliothek und Archiv und Dokumentationszentrum. Wir haben in Köln vor fünfzehn Jahren eine der größten Roma-Bibliotheken und Archive aufgebaut. Die ganze Zeit kämpfen wir damit einerseits gegen Antiziganismus von einer Seite, aber andererseits kämpfen wir auch für die Finanzierung. Wir leben und arbeiten nur von Spenden. Mehrere Jahre haben wir versucht in verschiedenen politischen Gremien und Ministerien Unterstützung dafür zu suchen, aber das wurde alles abgelehnt. Natürlich machen wir unsere Arbeit weiter. Wir bieten auch interne Kurse

und Bildung für verschiedene Studenten zum Beispiel von der Uni Köln oder außerhalb von Köln an. Oder, was ganz interessant ist, für Schulklassen, für weiterführende Schulen, die kommen öfter zu uns und wir reden über Antiziganismus, über Prävention, über Rassismus und natürlich über Roma und Sinti. Also das ist eine große Verantwortung. Wir reden alle hier über Bildung. Das ist eine Sache, was alle Minderheiten betrifft, die müssen sehr schnell agieren, aber sie können nicht selber agieren ohne den Staat natürlich. In unseren Archiven und der Bibliothek, Roma-Bildung und Kultur, kurz: RomBuK, wollen wir auch interne Ausbildungen für die Roma und Sinti anbieten. Auch in unserer Community gibt es sehr viele Roma und Sinti, die nicht wissen, woher kommen wir, warum haben wir diese Probleme, warum ist Antiziganismus da? Manche wissen auch wenig über unsere Sprachen. Ich bin ein Roma-Schriftsteller. Ich schreibe schon in meiner Sprache, Romanes, und habe mehrere Bücher veröffentlicht. Das kommt vor allem sehr positiv bei jugendlichen Roma und Sinti an. Das ist ein ganz anderes Niveau, wenn wir Roma selber unsere Jugendlichen über unseren historischen Hintergrund oder Kultur oder Sprache unterrichten. Aber wir haben keine Finanzierung, keine Möglichkeit für eine ernste Arbeit. Wir müssen viel effektiver diskutieren darüber, wie wir präventiv gegen Antiziganismus vorgehen können. Die höchste Instanz in politischer Aktivität ist ein eingetragener Verein und die müssen besser finanziert werden.

Filiz Polat:

Vielen Dank für den Appell. Ich würde jetzt gern ans Podium zurückgeben.

Annegret Ehmann:

Im Bezirk Berlin-Zehlendorf gibt es den Vorschlag für eine Erinnerungsstelle am Ort des ehemaligen Reichsgesundheitsamt, in dem sich ab 1936 die rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle befand, die für die Erfassung aller deutschen Sinti und Roma sowie für die ab 1943 folgenden Deportationen nach Auschwitz zuständig waren. Festzustellen ist bis jetzt eine Verschleppungstaktik des bereits im Mai 2016 positiv entschiedenen Antrags der SPD-Opposition. Auf

Beschwerde und Nachfrage wurde ein „Büroversehen“ als Grund angegeben. Zum 16. Dezember 2018, dem Tag des Ausschwitz-Erlasses sollte die Einweihung der Erinnerungsstelle nach Wunsch der Initiatoren endlich erfolgen. Doch auch dieser Termin kann nicht realisiert werden.

Filiz Polat:

Vielen Dank an Frau Ehmann für ein konkretes Beispiel für kommunale Verantwortung. Herr Franz?

Mario Franz:

Ich begrüße selbstverständlich, was der Herr gesagt hat in Bezug auf kulturinterne Bildung. Das mache ich auch seit vielen Jahren. Ansonsten wünsche ich viel Spaß, bei Sandro Roy.

Daniel Strauß:

Ich möchte mich bei den Organisatoren und Organisatorinnen und bei den Zuhörern bedanken für Ihre Aufmerksamkeit.

Georgi Ivanov:

Eine Grundfinanzierung ist absolut notwendig. Wie sollen wir etwas machen, wenn wir die Finanzierung nicht haben. Dabei spreche ich vor allem über Strukturfinanzierung. Ich würde mir auch sonst wünschen, dass man sich weniger über die Begrifflichkeiten streitet, sondern sich um die Sache kümmert. Vielen Dank nochmal.

Terry Reintke:

Ich habe noch einen Appell und ich will nicht, dass er falsch verstanden wird. Ich glaube, dass es einen großen Unterschied macht, dass Romeo jetzt im europäischen Parlament sitzt. Ich glaube, man kann Parteien auch von innen verändern und ich würde mir wünschen, dass mehr Minderheitenangehörige im nächsten europäischen Parlament sitzen werden. Deshalb als Appell an Sie alle, machen Sie das möglich, wir haben diese Möglichkeiten und das wäre ein großer Schritt, um auf europäischer Ebene etwas zu verändern.

Filiz Polat:

Dann darf ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen für die ganz wichtigen Hinweise, Anmerkungen und Kommentare bedanken, die wir natürlich in unsere Arbeit einfließen lassen sowohl als Landespolitiker*innen und Kommunalpolitiker*innen, die wir auch alle sind, aber eben auch im Bund und in Brüssel und Straßburg. Wir laden Sie ein mit uns den Abend ausklingen zu lassen und in bilateralen Gesprächen noch das eine oder andere auszutauschen. Dieses Fachgespräch war ein guter Auftakt, um auch in dieser Legislaturperiode dieses Netzwerk mit Ihnen gemeinsam zu knüpfen. Wir sind immer ihr Ansprechpartner hier in Berlin. Scheuen Sie sich nicht, uns zu kontaktieren. Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Abend und vielen Dank.

19/28

ANTIZIGANISMUS IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

19/28

ANTIZIGANISMUS IN DEUTSCHLAND UND EUROPA